Haushaltsplan 2019 und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe einstimmig beschlossen

Gemeinde Weingarten Baden

Weitere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Homepage
www.weingarten-baden.de

Der Haushaltsplan 2019 in Zahlen

Volumen des Gesamthaushalts:	41,5 Mio. €

Verwaltungshaushalt (VwH)			32,911 Mio. €		
wesentliche Einnahmen:			wesentliche Ausgaben:		
Grundsteuer		1,282 Mio. €	Personalausgaben		4,521 Mio. €
Hebesatz Grundsteuer A	330 v.H.	*(unverändert)*	Verwaltung und Betrieb		2,159 Mio. €
Hebesatz Grundsteuer B	340 v.H.	*(unverändert)*			
Gewerbesteuer		5,500 Mio. €	Gewerbesteuerumlage		1,035 Mio. €
Hebesatz Gewerbesteuer	340 v.H.	*(unverändert)*	Finanzausgleichsumlage		3,181 Mio. €
Einkommensteueranteil		7,202 Mio. €	Kreisumlage		4,226 Mio. €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer		0,591 Mio. €	Geräte, Ausstattung und Ausrüstung		0,190 Mio. €
Schlüsselzuweisungen		4,580 Mio. €	Haltung von Fahrzeugen		0,047 Mio. €
Familienleistungsausgleich		0,529 Mio. €	Unterhaltung Grundstücke und Gebäude		1,332 Mio. €
Gebühren und ähnliche Entgelte		1,113 Mio. €	Bewirtschaftung Grundstücke und Gebäude		0,988 Mio. €
Mieten, Pachten		1,271 Mio. €	Mieten, Pachten		0,362 Mio. €
Erstattungen		0,639 Mio. €	Erstattungen		1,418 Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse		2,647 Mio. €	Zuweisungen und Zuschüsse		4,789 Mio. €
			Kreditzinsen		0,135 Mio. €
Sonstige Einnahmen		0,211 Mio. €	Sonstige Ausgaben		0,108 Mio. €
Innere Verrechnungen / kalkulatorische Kosten		7,346 Mio. €	Innere Verrechnungen / kalkulatorische Kosten		7,346 Mio. €
Zuführung vom Vermögenshaushalt		- - -	Zuführung zum Vermögenshauhalt		1,074 Mio. €

Vermögenshaushalt (VmH)			8,631 Mio. €		
wesentliche Einnahmen:			wesentliche Ausgaben:		
Zuführung vom Verwaltungshaushalt		1,074 Mio. €	Zuführung zum Verwaltungshaushalt		- - -
Veräußerungserlöse und Darlehensrückflüsse		4,461 Mio. €	Darlehensgewährung		0,500 Mio. €
			Vermögenserwerb		1,202 Mio. €
Beiträge und ähnliche Entgelte		- - -	Baumaßnahmen		5,976 Mio. €
Investitionszuschüsse		1,185 Mio. €	Investitionszuschüsse		0,616 Mio. €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage		1,911 Mio. €	Zuführung zur allgemeinen Rücklage		- - -
Kreditaufnahme		- - -	Schuldentilgung		0,337 Mio. €
			zu Beginn 2019		9,419 Mio. €
			zum Ende 2019 voraussichtlich		9,082 Mio. €)

Haushaltsrede 2019
von Bürgermeister Eric Bänziger

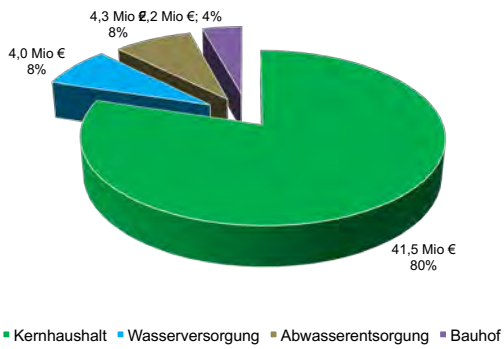
mit ergänzenden Informationen von Kämmerin Maral Saraie (kursiv geschrieben)

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürger m/w/d und Vertreter der Presse,

die Grundlage für unsere kommunale Arbeit im Jahr 2019 steht heute im Mittelpunkt: wir beschließen den Haushalt der Gemeinde sowie die Wirtschaftspläne unserer Eigenbetriebe Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und des Bauhofes.
In drei öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Gemeinderats wurden die Zahlenwerke vorberaten, so dass wir – wie in anderen Themen auch –unsere Bürgerschaft frühzeitig informiert wissen und diese zumindest die Gelegenheit hatte bei den Diskussionen mit dabei zu sein.
Im Jahr der Kommunalwahl bin ich besonders auf die Reden der Parteien und der Wählervereinigung gespannt. Ist es doch eine gute Gelegenheit einerseits die Ziele der einzelnen Gruppierungen, welche sich im vorliegenden Zahlenwerk bereits teilweise niederschlagen, unserer Bevölkerung näher zu bringen und andererseits die eigene Sichtweise der Gemeindeentwicklung zu formulieren.
Der Ihnen vorliegende Haushalt 2019 ist vor allem von Kontinuität durch die mehrjährigen Baumaßnahmen und Investitionen in eine gute Infrastruktur unserer Gemeinde geprägt. Damit machen wir unsere Gemeinde fit und führen diese **„Stark in die Zukunft“.**

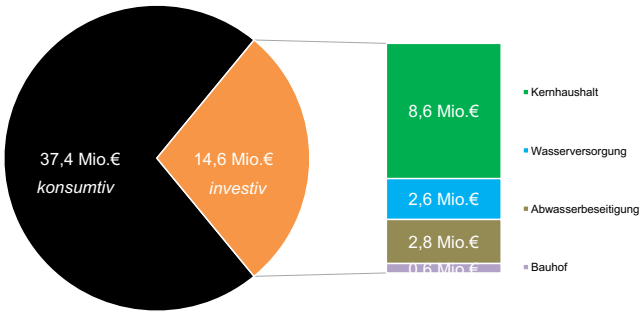
Gesamtvolumen 2019
(Kernhaushalt und Eigenbetriebe)
Konzernbetrachtung

Gesamtvolumen 2019
(Kernhaushalt und Eigenbetriebe)
rd. ***52 Mio. €***



GR-Sitzung 28.01.2019

Gesamtvolumen 2019
(Kernhaushalt und Eigenbetriebe)
konsumtiv vs. investiv inkl. Tilgung



GR-Sitzung 28.01.2019

Sie sehen zunächst das Gesamtvolumen der Haushalte und Wirtschaftspläne in einer Konzernbetrachtung. Im Jahr 2019 wird Weingarten im Kernhaushalt und den Eigenbetrieben Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Bauhof Ausgaben von rd. 52 Mio. € tägigen. Dabei entfällt auf die Eigenbetriebe ein Anteil von 20% am Gesamtvolumen. Den Investitionen von 14,6 Mio. stehen konsumtive Ausgaben von € 37,4 Mio. € gegenüber. Mit rd. 30% haben die Investitionen angesichts der Einwohnerzahl und des Betätigungsumfangs einen angemessenen Anteil. Die Summe von 14,6 Mio. € verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen Haushalte und Wirtschaftspläne: Der Vermögenshaushalt als investiver Teil des Kernhaushalts hat ein Volumen von rd. 8,3 Mio. €. Für die Wasserversorgung sind Investitionen in Höhe von 1,5 Mio. € und für die Abwasserbeseitigung in Höhe von 2,5 Mio. € geplant. Der Bauhof hat einen absoluten Anteil von rd. 420 T€. Diese Folie zeigt die Entwicklung des Gesamthaushalts - differenziert nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt auf. Dabei wird erkenntlich, dass der Verwaltungshaushalt ab 2012 kontinuierlich wächst. Der Vermögenshaushalt hat dagegen keinen typischen Verlauf. Es kommt auf die Art und dem Umfang der investiven Einnahmen und Ausgaben an. Im nächsten Schritt fokussieren wir den Verwaltungshaushalt für den Planungszeitraum 2019 bis 2022. Das Ergebnis der Beratungen mündete in folgende Planzahlen für den Zeitraum 2019 bis 2022. Im aktuellen Haushaltsjahr 2019 wird der Verwaltungshaushalt einen Zuführungsrate in Höhe von rd. 1 Mio. € erwirtschaften. Zu Beginn der Beratungen zeigte sich ein ganz anderes Bild - nämlich in Form einer negativen Zuführungsrate in Höhe von 236 T€. Im Beratungsprozess konnte das Ergebnis um rd. 1,2 Mio. € verbessert werden. Die Zuführungsrate entspricht im gesamten Planungszeitraum den gesetzlichen Anforderungen in Form der Mindestzuführung. Die Zuführungsrate ist stets höher als die ordentliche Tilgung. Die positive Entwicklung basiert im Wesentlichen auf den Auswirkungen des Kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ergebnis höherer Einnahmen, der Senkung des Kreisumlagehebesatzes auf 30% und strategischen Einsparungen.

Das Gesamtvolumen unseres Haushalts mit fast 52 Mio. EUR zeigt, dass wir auch 2019 Weingarten wieder ein gutes Stück nach vorne bringen wollen.
Wie immer, das Wichtigste vorweg:

- Die Steigerungen der allgemeinen Einnahmen reichen aus, um die Mehrausgaben zu finanzieren und einen ausreichenden Überschuss des Verwaltungshaushalts zu erwirtschaften.
- Damit konnten erneut im Haushalt der Gemeinde die Hebesätze der Steuern unverändert belassen werden.

Die Eigenbetriebe hingegen finanzieren sich über Nutzungsgebühren. Während bei der Abwasserbeseitigung in der letzten Kalkulation bereits die umfangreichen Maßnahmen einkalkuliert waren und so die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben ausreichen, ist für die Wasserversorgung eine Neukalkulation der Gebühren vorzunehmen, welche zu einer deutlichen Steigerung führen wird.

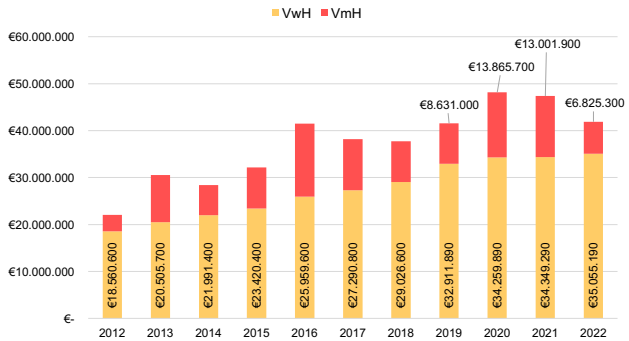
Gesamtvolumen Kernhaushalt 2019
rd. ***41,5 Mio. €***

Verwaltungs-haushalt	Vermögens-haushalt
32,9 Mio. €	8,6 Mio. €

Kernhaushalt

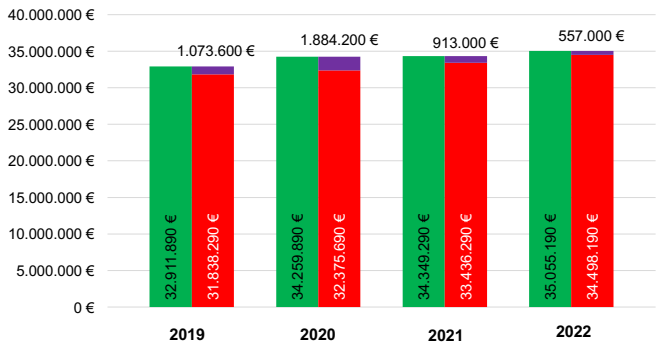
Verwaltungs- und Vermögenshaushalt

Entwicklung des Kernhaushalts 2010 bis 2022
(Gesamtbetrachtung)



GR-Sitzung 28.01.2019

Entwicklung des Verwaltungshaushalts
2019 bis 2022



GR-Sitzung 28.01.2019

Kommen wir nun zum Kernhaushalt. Ich werde Ihnen zunächst den Gesamthaushalt und anschließend die Planzahlen für den Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt vorstellen und erläutern. Die Planung sieht für den Kernhaushalt ein Volumen

von 41,5 Mio. € vor. Im vergangenen Jahr wurde ein Volumen von 37,7 Mio. € beschlossen. Das Volumen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 10% erhöht. Die Verteilung sieht wie folgt aus: 32,9 Mio. € entfallen auf den Verwaltungshaushalt und 8,6 Mio. € auf den Vermögenshaushalt. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Vermögenshaushalt Ausgaben und Einnahmen von je 8,6 Mio. €. Die Volumenerhöhung ist daher auf den Verwaltungshaushalt zurückzuführen.

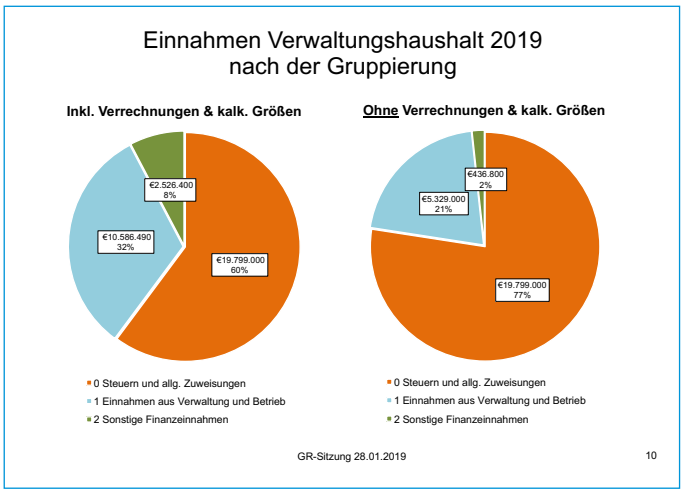
Ja – wir haben die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten zu verzeichnen – und dennoch werden die Überschüsse des Verwaltungshaushalts weniger. Seit 2012 hat sich unser Haushalt fast verdoppelt und man sieht in der Grafik deutlich den kontinuierlichen Anstieg des konsumtiven Verwaltungshaushalts. Aber wohin fließen die Millionen an Mehreinnahmen?
Frau Saraie wird Ihnen in den nächsten Grafiken diese Entwicklungen aufzeigen.

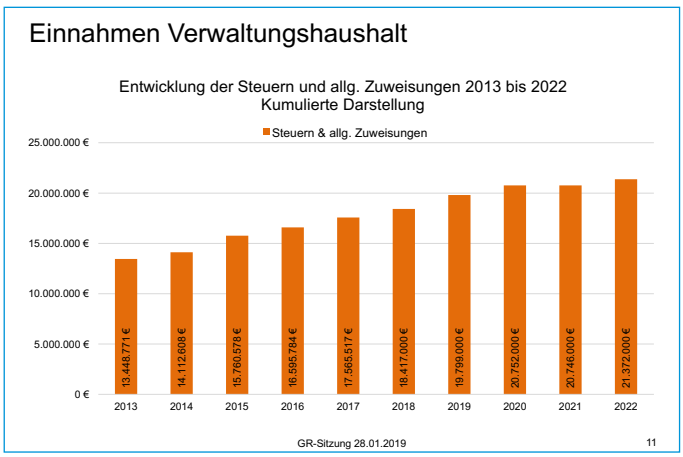
Einnahmen Verwaltungshaushalt 2019 - 2022

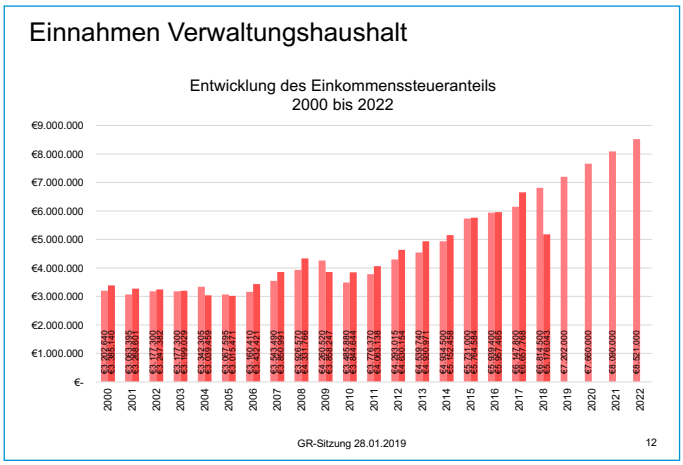
Die Einnahmen des Verwaltungshaushalts gliedern sind in drei Gruppen: Steuern und allg. Zuweisungen, den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb und den sonstigen Finanzeinnahmen. Dabei kommt den Steuern und allg. Zuweisungen aufgrund ihres Umfangs eine sehr hohe Bedeutung zu. Ohne die inneren Verrechnungen und kalk. Größen stellen diese Einnahmen mit 19,8 Mio. € und einem Anteil von 77% und machen damit den größten Block aus. Bis auf die Festlegung der Hebesätze der Realsteuerung (Grundsteuer und Gewerbesteuer) hat die Gemeinde keinen direkten Einfluss auf die Höhe der Einnahmen und ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunkturlage und dem vertikalen und horizontalen Finanzausgleich abgängig.

Sehr erfreulich ist die bisherige und prognostizierte Entwicklung de Steuern und allgemeinen Zuweisungen. Weingarten erwartet mit 19,8 Mio. € Rekordeinnahmen. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 werden sich die Einnahmen am Ende des Planungszeitraums um 8 Mio. € auf 21,4 Mio. erhöhen.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Einkommenssteueranteil zu. Mit 7,2 Mio. € stellt diese Einnahmeart 55,8% der allgemeinen Zuweisungen und 36% der Gesamteinnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen die höchste Einnahmequelle für Weingarten dar. Die solide und gute Einkommens-Situation der Einwohner kommt dabei bei der Festlegung des Verteilungsschlüssels zu Gute. Bei der Einkommenssteuer hatte 2018 Weingarten mit Platz 244 in Baden-Württemberg eine sehr gute Platzierung. Im Jahr 2022 wird erstmalig ein Einkommenssteueranteil von 8 Mio. € erwartet.







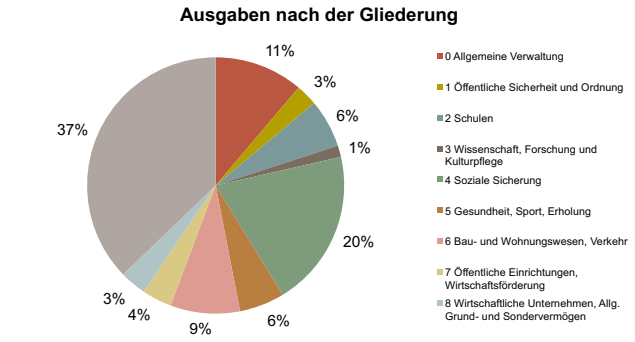
Kommen wir zu den Ausgaben des Verwaltungshaushalts.

Eine Analyse nach der Gliederung zeigt, dass 37% der Ausgaben den Bereich allgemeine Finanzwirtschaft und damit die allgemeinen Umlagen in Form der Umlagen für die Gewerbesteuer, den Kreis und den Finanzausgleich betreffen. Der Bereich Soziale Sicherung ist ebenfalls kostenträchtig. Hierzu gehören vor allem die Bereiche Kinderbetreuung und Asyl.

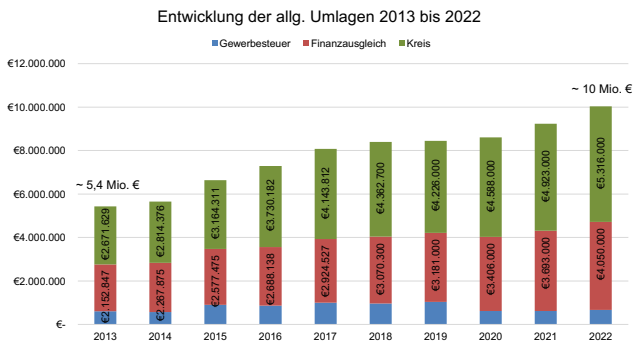
Lassen Sie uns einen Blick auf die Struktur der allgemeinen Umlagen werfen. Im Vergleich zu 2013 mit 5,4 Mio. werden sich die Umlagen bis Ende des Planungszeitraums auf rd. 10 Mio. beinahe verdoppeln. Die gute Einnahmesituation führt zu einer Erhöhung der Steuerkraftmesszahl und Steuerkraftsumme,

Ausgaben Verwaltungshaushalt 2019 - 2022

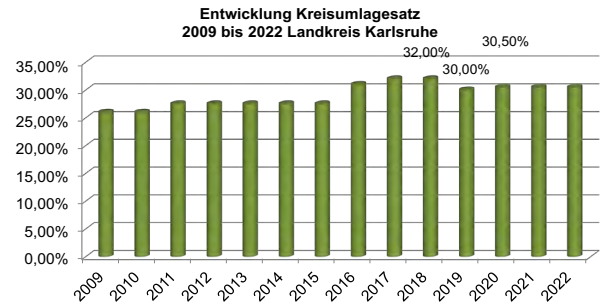
Ausgaben Verwaltungshaushalt



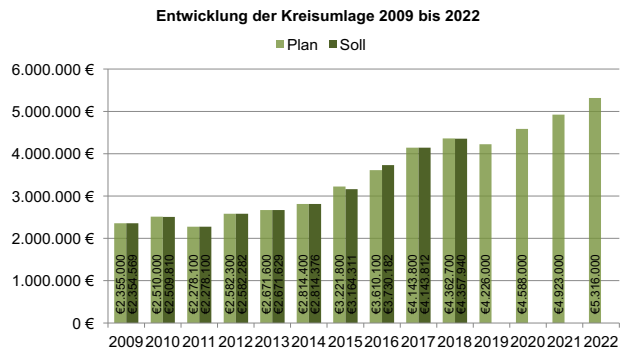
Ausgaben Verwaltungshaushalt



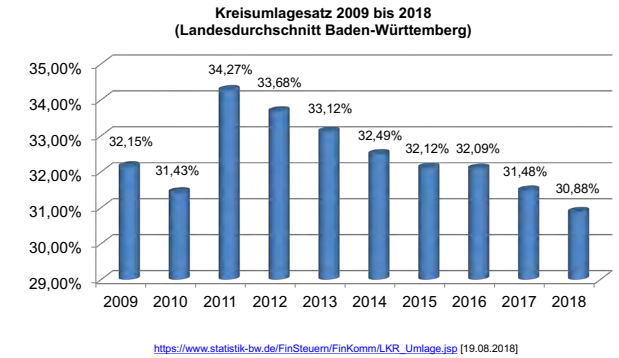
Ausgaben Verwaltungshaushalt



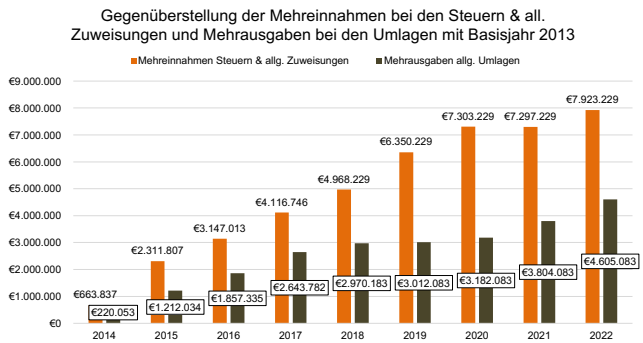
Ausgaben Verwaltungshaushalt



Ausgaben Verwaltungshaushalt



Ausgaben Verwaltungshaushalt



was wiederum höheren Umlagen für den Kreis und den Finanzausgleich führt. Besonders erfreulich ist, dass ab 2020 die Umlage zur Finanzierung des Fonds Dt. Einheit und der damit verbundenen Solidarpaktumlage ausläuft. Der Gewerbesteuerumlagesatz verringert sich von 64% auf 35%.

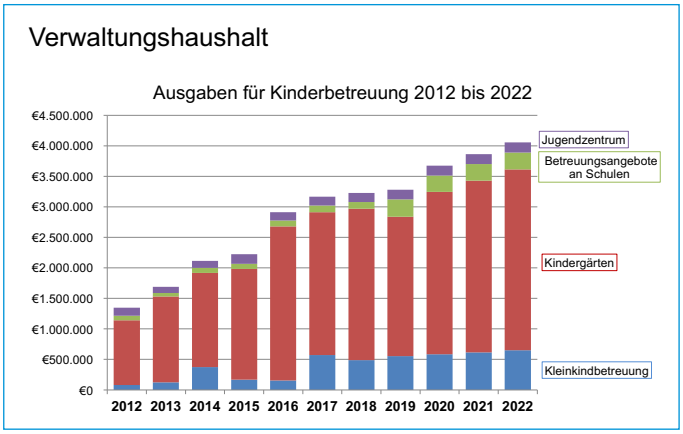
Ebenfalls besonders erfreulich war die unerwartete Reduzierung des Kreisumlagehebesatzes von 32 auf 30%. Bei einer Steuerkraftsumme von rd. 14 Mio. € hatte die Reduzierung Einsparungen in Höhe von 280 T€ zur Folge.

Absolut wird sich die Kreisumlage wie folgt entwickeln: 2019 sind 4,2 Mio. € an Kreis zu entrichten. Wiederum den Zeitraum von 2013 bis 2022 betrachtet ergibt sich eine Verdoppelung von 2,6 auf 5,3 Mio. EUR.

Zum Vergleich und zur Bewertung habe ich die Veränderung der Kreisumlagesätze im Landesdurchschnitt in der folgenden Grafik dargestellt: 2018 betrug der Landesdurchschnitt 30,88% und lag somit über dem Hebesatz im Landkreis Karlsruhe in Höhe von 32%.

Ich denke diese letzte Folie veranschaulicht unser Dilemma am besten. Man kann daraus gut ablesen, dass ein Großteil unserer Mehreinnahmen bereits durch die Steigerung der Umlagen – vor allem der Kreisumlage – wieder abfließen.
Das ist erforderlich, weil gerade die Sozialausgaben in den Landkreisen überproportional zunehmen – und diese sind überwiegend auf ständig neue Anspruchsgrundlagen zurück zu führen. Also im Wesentlichen auf den Bundesgesetzgeber, der in den Sozialgesetzbüchern diese festlegt.

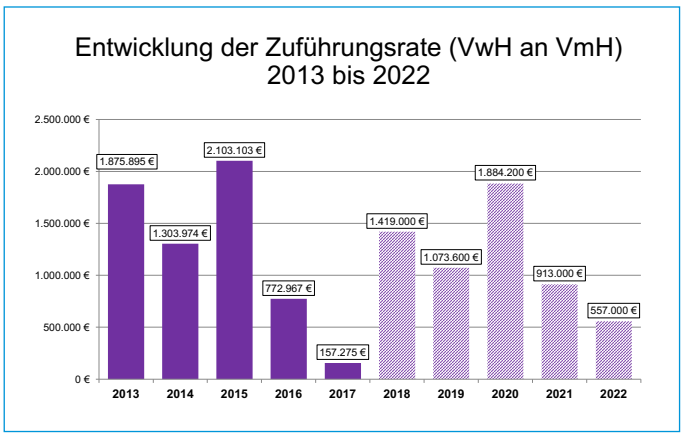
Ich erspare Ihnen und mir ein weiteres Mal das Lied auf das Konnexitätsprinzips anzustimmen.
Schließlich wollen auch unsere Krankenhäuser, der Erhalt und die Erneuerung der beruflichen Schulen und nicht zuletzt der Neubau des Landratsamtes künftig finanziert sein. Alles sind notwendige Maßnahmen, um unseren Wohlstand zu sichern und auf Dauer zu erhalten.
Man muss nur verstanden haben, dass es letztlich die Kommunen sind, welche diesen zu finanzieren haben und weshalb unsere Spielräume weiterhin sehr begrenzt sein werden. Mit Blick auf den Verwaltungshaushalt fallen vor allem die weiterhin steigenden Ausgaben für die Kinderbetreuung ins Auge.



Die Zuschüsse der Gemeinde für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden sich in den Sparten Kindertagesbetreuung, Hort an der Schule und Kernzeitbetreuung sowie für das Jugendzentrum innerhalb des Zeitraums von 2010 bis 2022 vervierfacht haben – von 1 Mio. EUR auf dann über 4 Mio. EUR.
Dabei ergeben die aktuellen Zahlen von heute einen noch weiter steigenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen. Gerade in den letzten beiden Monaten erhielten wir 31 zusätzliche Anmeldungen von Kindern für Betreuungs-einrichtungen aufgrund Zuzugs. Das sind 1,5 Gruppen zusätzlich zu den zwei Gruppen, welche wir sowieso bereits bis Jahresende zu realisieren haben, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden.
Im Ergebnis bedeutet das also, dass unsere Planzahlen, die wir heute verabschieden und die auf dem Kenntnisstand November 2018 beruhen, faktisch schon überholt sind. Eine Situation, mit der wir leben müssen und die uns – voraussichtlich auch in Zukunft - begleiten wird.

Im Haushaltsjahr 2016 war eine Zuführung in Höhe von 386.200 € geplant. Aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Edelstahlbeckensanierung im Walzbachbad wurden Mittel im folgenden Jahr 2017 ausgegeben. In der Folge wurde 2016 eine bessere Zuführung mit rd. 772 T€ und 2017 eine schlechtere Zuweisung erwirtschaftet. Geplant waren 532.000 €, in der Jahresrechnung schloss der Verwaltungshaushalt mit 157 T€ ab.

Für die notwendige Erneuerung der Infrastruktur werden künftig die allgemeinen Einnahmen nicht mehr ausreichen. Und so ist im vorliegenden Planwerk für 2022 bereits eine deutliche Erhöhung der Hebesätze auf die Grundsteuern einkalkuliert. Ob dies so kommen wird bleibt abzuwarten.
Derzeit bestimmen die Ausgaben für die Sanierung und Erneuerung unserer Infrastruktur – welche sich quer durch unseren Haushalt ziehen - unser Handeln.
Und dennoch versuchen wir mit dem verbleibenden Spielraum



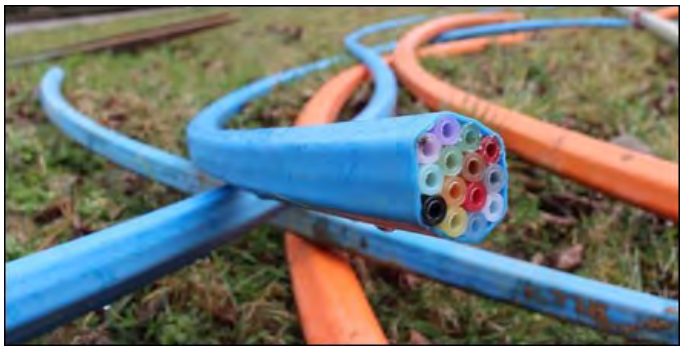
– personell wie finanziell - unsere Gemeindeentwicklung durch neue Erschließungsmaßnahmen aber auch im Bereich der Bildung und Betreuung sowie der Digitalisierung weiter voran zu bringen. Hier die größten Maßnahmen:

- Jöhlinger Straße
- Burgstraße/Silcherstraße
- Kirchplatz
- Brücken
- Turmbergschule
- Kindergarten
- Breitbandausbau

Das alles sind große Aufgaben mit Budgets in Millionenhöhe, die von der Verwaltung bearbeitet, aber auch insgesamt finanziert sein wollen.
Über die erforderlichen Straßenerneuerungen, welche gleichzeitig mit der Erneuerung der Wasserversorgungsleitungen und der Abwasserkanäle einhergehen, haben wir in den vergangenen Jahren bereits umfassend berichtet.
Neu hinzugekommen sind die Brückensanierungen und vor allem die Brücken-Ersatz-Neubauten – wo wir gerade an der Brücke in der Mühlstraße gesehen haben, wie aufwändig und teuer es werden kann.

Der Ausbau der Breitbandversorgung erfolgt weiterhin entsprechend der strategischen Ausrichtung immer begleitend zu den Straßensanierungsmaßnahmen.
Unsere Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Geschwindigkeit für den Netzaufbau zu langsam ist. Daher ist es unser Ziel eine eigene Tiefbaurotte auszurüsten, welche aktiv beim Ausbau der Breitbandversorgung insbesondere zum Lückenschluss von Teilbereichen eingesetzt werden kann.

Neben unseren Bemühungen die Infrastrukturmaßnahmen möglichst planmäßig abzuschließen - sind jedoch die Herausforderungen in den Bereichen „Bildung und Betreuung" besonders hervorzuheben, welche gerade 2019 einen breiten Raum einnehmen werden.



Es ist nicht leicht mit der Erstellung der Konzeption für eine sinnvolle und zukunftsfähige Erweiterung unserer Turmbergschule.
Aber nach der Reform der Reform der Reform im Bildungsbereich ist es nur sehr schwer einzuschätzen, wohin uns die landes- und bundespolitischen Strömungen in dieser – für unsere Gesellschaft existenziell wichtigen - Aufgabe lenken werden. Wir fühlen uns als Schulträger und für den Bau und die Finanzierung Verantwortlichen alleine gelassen. Klar, es gibt unterschiedliche Beispiele wie sich Gemeinschaftsschule entwickeln kann. Ein besonders gutes – die Schule in Wutöschingen – werden wir uns anschauen. Aber letztlich sind es wir selbst, die bestimmen müssen, was wie gebaut wird.
Eines ist klar. Wenn wir eine vernünftige und wirtschaftlich sinnvolle, dabei zukunftsfähige Schulkonzeption aufstellen wollen, müssen wir die Entwicklungen unserer Gesellschaft auch zu Ende gedacht haben.

Die Schule der Zukunft wird eine Ganztagesschule von der ersten Klasse bis zur 10. Klasse (mindestens) sein. Dazu gehören flexible Raumaufteilungen und die Möglichkeit die Vereine bereits in der Schule als Bestandteil eines Ganztagesprogramms mit einzubinden. Die Mensa ist ausreichend zu dimensionieren und wir dürfen nicht vergessen, dass auch unsere Gemeinde, und damit die Anzahl an Schülern, weiter wachsen wird.
Wir müssen unsere Schule aber auch auf das pädagogische Konzept des Lehrkörpers regelmäßig anpassen – das sich je nach den Menschen, welche unterrichten und ihren eigenen Lehrstil mitbringen, verändert. Und und und …

Also viele Aspekte, welche wir versuchen müssen unter einen Hut zu bringen. Und die Fläche, welche uns hierzu in der Ortsmitte zur Verfügung steht, ist begrenzt. Dabei wird sicherlich auch die Standortvariante auf dem Festplatz, welche an mich heran getragen wurde, zu prüfen sein. Nach meiner Einschätzung wird unsere Schule jedoch am heutigen Standort, in unserer Ortsmitte, seinen Platz behalten.

Erfreulicherweise können wir hier mit der ev. Kirche kooperieren, zumal das Gemeindezentrum aus brandschutzrechtlichen Gesichtspunkten nicht mehr genügt und neu gebaut werden muss. Hier können Synergien bei der Palnung und dem Neubau des Gemeindezentrums genutzt und die Flächen optimiert werden.

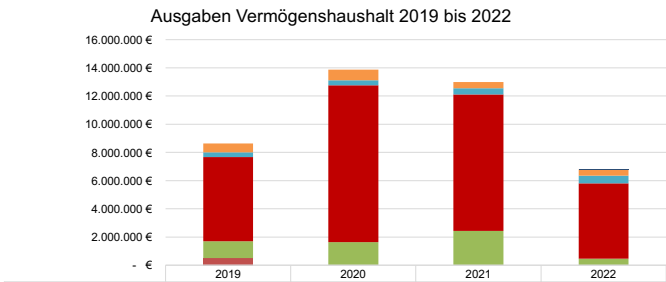
Schließlich sollte auch das Thema „Parken in der Ortsmitte" bei einer solchen baulichen Veränderung ausreichend berücksichtigt werden. Wäre es doch eine wirkliche Bereicherung, wenn der interne und externe Besucherverkehr in der Ortsmitte bessere Parkmöglichkeiten vorfinden würde.

Eine weitere – vor allem auch gesellschaftliche – Herausforderung ist und wird in Zukunft in zunehmendem Maße die Kinderbetreuung sein.
Die Veränderungen – auch die unserer Gesellschaft - treten hier aus meiner Sicht am deutlichsten zu Tage. Die Regelgruppe, wie wir sie noch kannten, ist ein Auslaufmodell. Der Bedarf geht ganz deutlich - über die Gruppen mit verlängerter Öffnungszeit - hin zur Ganztagesbetreuung.
Selbst bei gleichbleibender Kinderzahl erhöht sich damit der Raumbedarf deutlich – er verdoppelt sich quasi. Wir benötigen nicht nur Gruppenräume, sondern auch Speise-, Schlaf- und Aktivräume, wenn die Kinder ihren ganzen Tag in der Einrichtung verbringen sollen.
Das pädagogische Konzept muss zudem auf die Ganztagesbetreuung ausgerichtet werden und bedarf neben deutlich mehr Personal einer gesteigerten fachlichen Begleitung. Die Anforderungen an die Erziehenden steigen stetig.
Für uns als Gemeinde führt der dadurch erforderliche Neubau von Kapazitäten zu enormen finanziellen Belastungen sowohl investiv als auch im laufenden Betrieb. Diese Auswirkungen sind dennoch berechenbar und wir werden lernen damit umzugehen. Was allerdings zunehmend unberechenbar wird, ist die Sicherstellung der Betreuung. Dies bezieht sich sowohl auf die

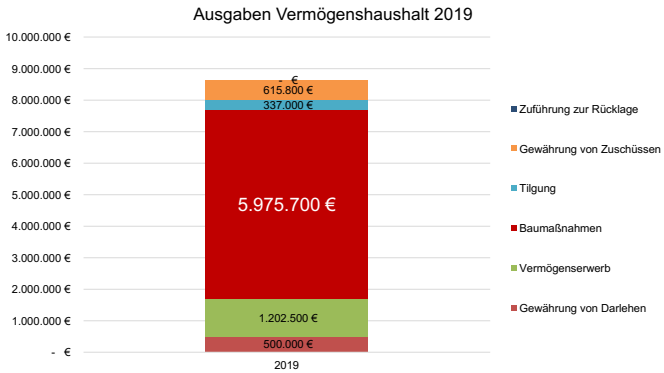
Personalgewinnung für zusätzliche Gruppen als auch auf den erhöhten Personalschlüssel in den neuen Betreuungsformen.
So ist es heute schon nicht nur schwer Träger für die zusätzlich zu schaffenden Einrichtungen zu finden. Die Träger selbst haben Probleme in Zeiten der Vollbeschäftigung ausreichend qualifiziertes Personal zu bekommen und zu halten.
Aus meiner Sicht ist dies eine Folge aus unserer ganzheitlichen gesellschaftlichen Veränderung.
Die Forderungen der Eltern nach mehr und besserer Betreuung werden durch Bundes- und Landespolitisches Wunschdenken unterstützt und letztlich durch gesetzliche Regelungen manifestiert.
Was dabei wohl gänzlich außer Acht bleibt, ist, dass auch die Leistungserbringer – die Erziehenden in unseren Betreuungseinrichtungen - in der Regel Eltern – teilweise auch schon Großeltern - sind und deren Erwartungen an einen modernen Arbeitsplatz – wie ihn alle Arbeitnehmer zwischenzeitlich für sich beanspruchen - diametral den Anforderungen an die Betreuung und die langen Betreuungszeiten gegenüber stehen.
Diese Problematik multipliziert mit der aktuellen Vollbeschäftigung und potenziert mit der Konkurrenzsituation in den sozialen Berufen lässt erahnen in welche Situation die Kommunen als verantwortliche Leistungsanbieter (mit Schadenersatzverpflichtung!) gerade manövriert werden.
Gerade heute wurde der Pakt für mehr Personal in den Pflegeberufen von den Koalitionsparteien unterzeichnet! – Das unterstreicht für mich die soeben beschriebene Konkurrenzsituation und wird sie für den Beruf der Erziehenden noch verschärfen!
Dennoch werden wir weiterhin mit viel Mut, Ideenreichtum und motivierten Mitarbeitenden versuchen die Betreuungserwartungen angemessen sicherzustellen.
Liebe Zuhörenden,
kommen wir jedoch zurück zum Haushalt und den Planzahlen. Alle Aufgaben, Projekte und Maßnahmen wollen auch finanziert sein und darauf wird Frau Saraie in der nun folgenden Präsentation eingehen:

Vermögenshaushalt 2019-2022

Ausgaben Vermögenshaushalt 2019 - 2022



	2019	2020	2021	2022
Zuführung zur Rücklage	- €	- €	- €	11.200 €
Gewährung von Zuschüssen	615.800 €	743.000 €	458.000 €	458.000 €
Tilgung	337.000 €	349.000 €	435.000 €	550.000 €
Baumaßnahmen	5.975.700 €	11.128.700 €	9.683.900 €	5.346.100 €
Vermögenserwerb	1.202.500 €	1.645.000 €	2.425.000 €	460.000 €
Gewährung von Darlehen	500.000 €	- €	- €	- €

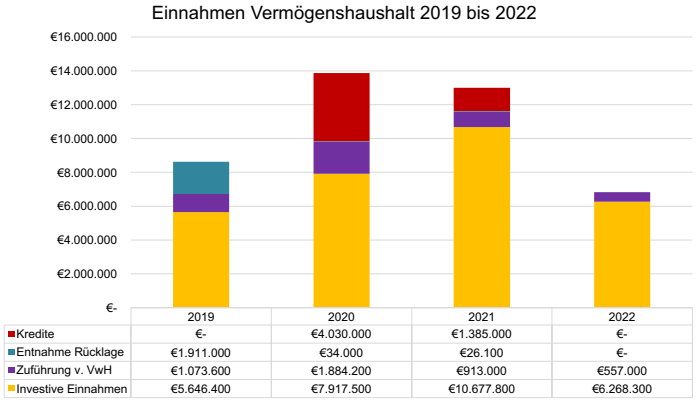


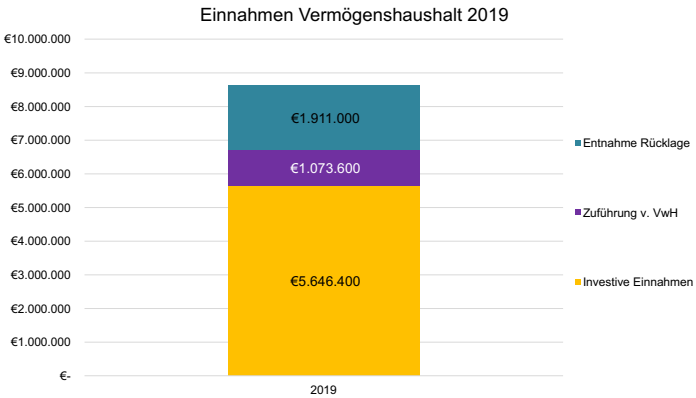
Die Ausgaben des Vermögenshaushalts unterteilen sich in die Kategorien Baumaßnahmen, Vermögenserwerb (Erwerb von Grundstücken und Gebäuden und Erwerb beweglicher Sachen), Gewährung von investiven Zuschüssen, Kredittilgungen und die Gewährung von inneren Darlehen. Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung und das Volumen des Vermögenshaushalts für den Zeitraum 2019 bis 2022 auf. Wie Sie sehen, können wir 2019 und 2022 auf neue Kredite verzichten. 2019 gewährt der Kernhaushalt ein Trägerdarlehen an den Bauhof. Ab 2022 ist wieder eine Zuführung zur allg. Rücklage geplant.

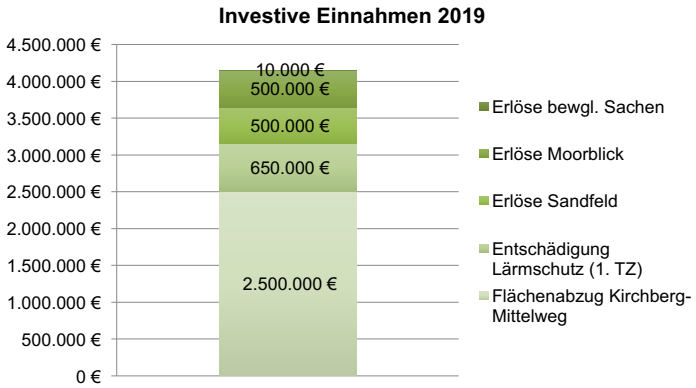
Mit 5,7 Mio. EUR entfallen 69% des Vermögenshaushalts auf die Baumaßnahmen. Diese umfassen unter anderem folgende Bereiche:

- *Straßen, Wege und Brücken: 3.577 Mio. €*
- *Hochwasserschutz: 220 T€*
- *Straßenbeleuchtung: 70 T€*
- *Bundes- und Landesstraße: 60 T€ (Lärmschutzwall)*
- *Öffentliche Parkdecks und Parkplätze: 50 T€*

Einnahmen Vermögenshaushalt 2019 - 2022



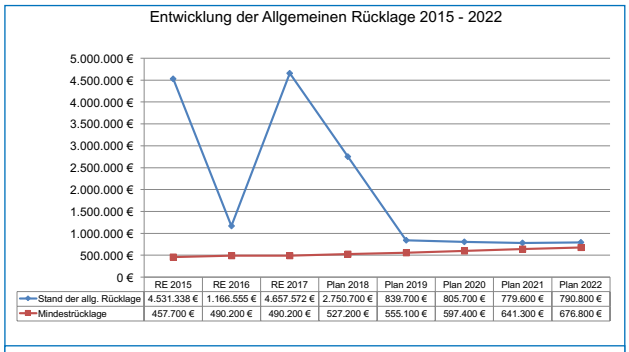


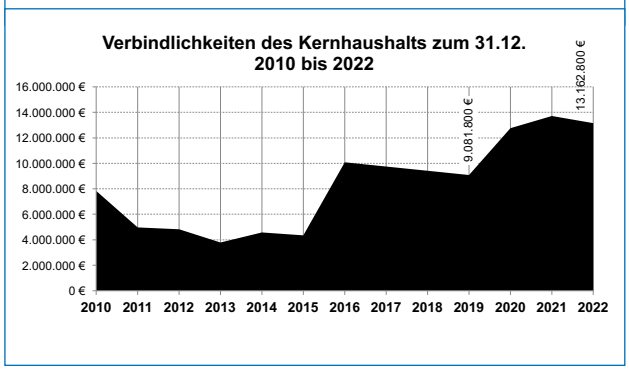


Die Einnahmen des Vermögenshaushalts umfassen neben den investiven Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, Zuwendungen und Beiträgen die Entnahme aus der Rücklage, die Kredite und die Zuführung vom Verwaltungshaushalt.

2019 ist eine Entnahme von 1,9 Mio. € geplant.

Trotz der Investitionen in Millionenhöhe können wir den Kernhaushalt aus Sicht der Finanzierbarkeit mit einer noch überschaubaren Verschuldung von 13,2 Mio. EUR zum Ende des Finanzplanungszeitraums halten.





Grund dafür sind vor allem die Grundstückserlöse aus dem Verkauf von Bauflächen auf dem ehemaligen TSV-Gelände und aus der Umlegung Kirchberg-Mittelweg. Es ist jedoch kein „Verkauf des Tafelsilbers“, denn wir schaffen erneut Werte, welche die Infrastruktur unserer Gemeinde und damit die Attraktivität weiter erhöhen.

Wirtschaftsplanung 2019 Eigenbetriebe

WASSER-VERSORGUNG
Ihr Team in Weingarten

BAUHOF
Ihr Team in Weingarten

Attraktiv und doch unsichtbar stellen sich die meisten Leistungen unserer Eigenbetriebe dar. Insgesamt 4,3 Mio. EUR sind dort für Investitionen vorgesehen.

Mit dem Neubau des Hochbehälters Katzenberg haben wir in den vergangenen Jahren bereits viel in die Versorgungssicherheit unseres wichtigsten und gleichzeitig selbstverständlichsten Lebensmittel gesteckt: in unser Trinkwasser. Dies setzen wir auch in den kommenden Jahren fort, indem wir mit der Sanierung der Jöhlinger Straße auch die Förderleitung erneuern, einen Ringschluss der Förderleitung zum Kirchberg vorsehen und sämtliche Hausanschlüsse bei Straßensanierungen erneuern.

Dennoch mussten wir für dieses Jahr einen weiteren Schwerpunkt auf die Wassergewinnung legen. Mit geschätzten 600 TEUR sind die Sanierung der Brunnen sowie deren Zuleitung zur Carix-Anlage vorgesehen. Danach werden wir uns mit der Carix-Anlage selbst beschäftigen, denn es gilt deren Kapazität zu erhöhen, um im Sommer ausreichende Reserven zu haben.

Erfreulich ist die Arbeit des neuen Teams der Wasserversorgung unter der Leitung unseres Wassermeisters Herrn Becker. Die geplanten Investitionen sind nicht zuletzt auch Ausfluss der strukturierten Planung in eine Verbesserung des in die Jahre gekommenen Versorgungsnetzes und den heute gängigen Standards.

Bei der Abwasserbeseitigung konnten wir im vergangenen Jahr die Sanierungsarbeiten weitestgehend abschließen. Die noch erforderlichen Sanierungen durch Austausch ganzer Kanäle sind im Rahmen der veranschlagten Straßenerneuerungen bereits eingeplant.

Erfreulich ist auch die Entwicklung in unserem Eigenbetrieb Bauhof. Mit dem neuen Wertstoffhof, der verbesserten Ausrüstung, des erweiterten Fuhrparks, dem Salzsilo und letztlich auch durch das neue Sozialgebäude haben wir die Möglichkeiten unseres Bauhofteams professionalisiert. Diese gehen mit einer Professionalisierung der Mitarbeitenden einher, welche mit der nun vorhandenen Ausrüstung wesentlich effizienter die umfangreichen Arbeiten in unserer Gemeinde zu bewältigen haben.

Mit einer Investition von 220 TEUR in die noch fehlende offene Lagerhalle werden die baulichen Maßnahmen 2019 abgeschlossen während und mit weiteren 200 TEUR überwiegend in Ersatzbeschaffungen des Fuhrparks reinvestiert wird.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
ich danke Ihnen für die stets zielorientierte Gremiumsarbeit. Mit unserer sachbezogenen Diskussionskultur stellen wir uns gemeinsam - als Verwaltungsorgan unserer Gemeinde - den Herausforderungen der Zeit.
Allen ehrenamtlich engagierten Menschen in Weingarten gilt unser Dank. Sie bereichern unsere Gemeinschaft mit ihrem freiwilligen Beitrag in jeglicher Form. Ohne sie wäre unser Gemeinwesen nicht das, was es heute ist – ein lebendiges und attraktives Weindorf, das wir auch 2019 wieder mit dem Wein- und Straßenfest und der Wahl der Weinkönigin krönen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
zum Schluss darf ich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, welche an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben und bei unserer Kämmerin Frau Saraie, welche den Haushaltsplan verantwortlich aufgestellt und die wesentlichen Zahlen in der Präsentation heraus gestellt hat.
Ich bitte nun die Fraktionen um Ihre jeweilige Haushaltsrede bevor ich den Ihnen vorliegenden genehmigungsfähigen Haushalt zur Abstimmung stelle.

Danke.

Haushaltsrede 2019 der CDU-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Nicolas Zippelius

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2019 kann für die Menschen in Weingarten, in Deutschland aber auch Europa ein richtungsweisendes Jahr werden. Am 26. Mai dieses Jahres stimmen die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde über die Zusammensetzung des Gemeinderates für die kommenden fünf Jahre ab. Ebenso haben sie die Möglichkeit, zusammen mit mehr als 400 Millionen anderen Menschen aus ganz Europa, über die Zusammensetzung des Europaparlaments zu entscheiden. Gerade auf die Vertreter der Kommunalpolitik kommt in diesem Fall eine Sonderaufgabe zu, denn gegen erstarkende politische Ränder, die an den Grundfesten demokratischer Strukturen rütteln, gilt es, sich mit Wort und Argumentation inhaltlich zu stellen und sie hinsichtlich ihrer Destruktivität zu enttarnen. Ein probates Mittel zur Abwehr rechter und linker Kräfte ist stets eine hohe Wahlbeteiligung. Aus diesem Grund muss es das Hauptanliegen jedes Gemeinderats und jedes politischen Vertreters sein, die Bürgerinnen und Bürger Weingartens davon zu überzeugen, am 26. Mai 2019 wählen zu gehen. Dass unsere schöne Gemeinde ein Ort der politischen Mitte ist, zeigte sich eindrucksvoll bei der Bürgermeisterwahl 2018 mit dem klaren Votum, dass in Weingarten kein Platz für Extreme und Radikale ist - und das soll so bleiben!

Halten wir es mit dem französischen Schriftsteller Victor Hugo: „Wenn der Stimmzettel gesprochen hat, hat die höchste Instanz gesprochen." Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, machen Sie bitte am 26.Mai 2019 von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Und nun zum Haushalt 2019 unserer Gemeinde. Dieser stellte sich für die CDU-Fraktion als äußerst beratungsintensiv dar. Das Ansinnen unserer Fraktion ist es stets, frei von Ideologie, nur geleitet von einem zukunftsorientierten Pragmatismus, Investitionen dort zu ermöglichen, wo diese sinnvoll erscheinen, allerdings aber auch Einsparungen da vorzunehmen, wo diese notwendig sind.

Die CDU-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen aber auch im Laufe des vergangenen Jahres regelmäßig darauf hingewiesen, dass in den nächsten Jahren wieder mit einer abflachenden Konjunktur zu rechnen sei, anders als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat vor dem Hintergrund wachsender Zollkonflikte und schwankender Finanzmärkte seine Prognose bezüglich der Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft und Deutschlands gesenkt. Im jährlichen „World Economic Outlook" geht der IWF davon aus, dass die Risiken für eine deutliche Abwärtskorrektur steigen und senkte die Vorhersage des laufenden Jahres hinsichtlich der deutschen Wirtschaft von 1,9 Prozent auf 1,3 Prozent. Damit scheint einzutreten, was von der CDU-Fraktion in der vergangenen Haushaltsrede bereits prognostiziert wurde, ich zitiere: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die schon längere Zeit anhaltende, gute Wirtschaftslage nicht ewig Bestand haben wird und bereits heute an zukünftig wieder schwierigere Haushaltsjahre denken."

Als CDU-Fraktion haben wir aktiv auf die Ausgestaltung des Haushaltsplans 2019 eingewirkt und unter anderem, durch ein „Anforderungsprofil an den Gemeindehaushalt" Änderungswünsche eingebracht. Im Vergleich zum vergangenen Jahr hat sich unser Grundtenor diesbezüglich nicht geändert, denn wir sehen gerade die mittelfristige Finanzplanung kritisch. Gleichzeitig soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass die Beratungen für den Gemeindehaushalt 2019 offen und transparent mit Ihnen, Herr Bürgermeister, geführt wurden. Daraus folgt, dass sich der Haushalt durch die Anregungen und Einwände der CDU-Fraktion nachhaltig zum Besseren, sprich zur sichtbaren Verbesserung der Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt, verändert hat.

An dieser Stelle möchte ich unserer Kämmerin Frau Saraie und Ihrem Team herzlich für die kompetente Zusammenarbeit in allen Fragen zum Haushalt danken.

Der Gemeindehaushalt des Jahres 2019 umfasst ein Volumen von 41.542.890 EUR.

Der Verwaltungshaushalt beläuft sich auf 32.911.890 EUR. Damit erhöht sich dieser im Vergleich zum vergangenen Jahr um knapp 4 Millionen EUR. Anteilig daran haben die Kreisumlage mit 4.226.000 EUR, die Finanzausgleichsumlage mit 3.181.000 EUR und die Gewerbesteuerumlage mit 1.035.000 EUR ein Gesamtvolumen von 8.442.000. Somit ergab sich im Bereich dieser Umlagen keine bemerkbare Veränderung. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Kreisumlage entgegen erster Erwartungen nicht auf 32% verblieb, sondern auf auf das Niveau von 30% gesenkt wurde.

Die Entwicklung des Vermögenshaushaltes hatten wir in unseren Vorberatungen intensiv unter die Lupe genommen. Unser Anforderungsprofil, welches wir mit Ihnen, Herr Bürgermeister, besprochen hatten, hatte die klare Aussage zum Inhalt, dass wir eine Zuführungsrate von weniger als 1 Million EUR für zu gering hielten. Bei einem Gesamtvolumen des Vermögenshaushaltes von 8.631.000 EUR beträgt die Zuführungsrate aus dem Verwaltungshaushalt 1.073.600 EUR. Damit wurde unsere Mindestanforderung erreicht, wirklich zufrieden sind wir damit nicht. Generell wäre gemäß steuerlicher

Rekordeinnahmen ein deutlich besseres Ergebnis wünschenswert gewesen. So wird die Verschuldung im Kernhaushalt zwar kurzfristig gesenkt, steigt aber in der mittelfristigen Finanzplanung gemäß Schätzung auf über 13 Mio. EUR an. Dieses Ergebnis sehen wir sehr besorgt!

Trotz einer Entnahme aus der allg. Rücklage von 1.911.000 erhöht sich die Gesamtverschuldung (incl. Eigenbetriebe) im Haushalt 2019 von gerundet 23 Mio. EUR auf ca. 29 Mio. EUR zum Ende des Jahres. Positiv ist hingegen, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden.

Verwaltungshaushalt

Die Einnahmen des laufenden Geschäftsbetriebs, welche im Verwaltungshaushalt realisiert werden, setzen sich aus der Grundsteuer A (agrarisch), Grundsteuer B (baulich), der Umsatzsteuer, der Gewerbesteuer, dem Anteil der Gemeinde an der Einkommenssteuer und verschiedenen Schlüsselzuweisungen zusammen. Rechnen wir diese Anteile zusammen kommen wir insgesamt auf 19.799.000 EUR. Dies sind gerundet 60% der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes. Warum spreche ich diese Tatsache so detailliert an? Die im Zuge der Haushaltsberatungen angedachten Erhöhungen der Hebesätze von Grundsteuer A und B wurden unter anderem wegen des klaren Vetos der CDU-Fraktion frühzeitig abgewendet. Über Steuererhöhungen bei gleichzeitigen Rekordsteuereinnahmen zu sprechen, halten wir nicht nur für unseriös, sondern empfinden dies schlicht als Zumutung. Steuererhöhungen dürfen nur als letztes Mittel und nicht als angenehme Behelfsfunktion gelten. Vor dem Hintergrund der von der Verwaltung zumindest mittelfristig angedachten Erhöhungen der Hebesätze ist es unser Ansinnen und unsere Arbeitsweise zuerst alle anderen Steine umzudrehen, Einsparpotentiale zu prüfen, bevor über etwaige Erhöhungen der Hebesätze ernsthaft nachgedacht werden darf. Auch die Argumentation, dass die Gewerbesteuer seit 2006, Grundsteuer A seit 2011 und Grundsteuer B seit 2012 nicht erhöht wurden, bildet für uns aufgrund des ausgesprochen guten Einnahmenniveaus derzeit keine Gesprächsgrundlage.

Im Stellenplan der Gemeindeverwaltung sind weitere personelle Aufstockungen auffallend. Die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung leisten wertvolle Arbeit, sie sind engagiert und stets ansprechbar. Diesbezüglich ist die anhaltende Fluktuation im Personalstab des Rathauses äußerst bedauerlich. Die im Haushalt eingeplanten Stellen tragen wir mit, verweisen allerdings abermals auf notwendige Veränderungen in den Abläufen, sei es hinsichtlich der zu verringernden Anzahl an Mitarbeitern der Verwaltung in Gemeinderatssitzungen oder zugewiesenen Aufgabengebieten. Mehr Betriebswirtschaft und interdisziplinäres Denken wären hierbei sehr hilfreich. Es muss auch erlaubt sein, darüber nachzudenken, externe Expertisen zu konsultieren, um in Erfahrung zu bringen, wie die Strukturen optimiert werden können, sofern sich die Situation nicht nachhaltig verbessert.

Gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung werden wir den Fokus im Jahr 2019 noch mehr auf den Schulstandort Weingarten und damit auf die Turmbergschule legen. Um eine kurz- und mittelfristige Unterbringung aller Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, stimmten wir der Anschaffung zweckmäßiger Container als Klassenräume zu. Nach wie vor konnte allerdings noch keine Lösung hinsichtlich einer zukunftsfähigen Aus- und Neubaukonzeption gefunden werden. Wir müssen hinsichtlich dieser so eminent wichtigen Angelegenheit aufs Tempo drücken und unseren Blick für unterschiedliche Konzeptionen schärfen. Daher ist es notwendig, alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Ist-Zustandes, sei es eine Erweiterung in die Breite, ein Zukauf von Gebäuden, eine Erhöhung bestehender Gebäude oder eine Verlegung des Schulgeländes an einen anderen Standort, zu prüfen. Die Digitalisierung spielt für die kommenden Generationen eine noch wichtigere Rolle, als dies ohnehin schon der Fall ist, sodass wir am heutigen Tage einen Antrag zur Prüfung von Fördermitteln hinsichtlich der digitalen Unterrichtsausstattung außerhalb des Digitalpaktes Schule eingereicht haben. Wir wollen erreichen, dass die kommenden Generationen optimal vorbereitet werden, deswegen wurde unter Federführung des CDU-Gemeindeverbandes Weingarten und in Zusammenarbeit mit der CDU Stutensee die Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg. Dr. Susanne Eisenmann, für den 08. Februar 2019 zur Besichtigung der Schulanlagen mit anschließendem Gespräch im Rathaus von Weingarten eingeladen. Damit wollen wir einen Beitrag zur stetigen Verbesserung des Schulstandortes Weingarten leisten.

Leider wurden unsere Sorgen bezüglich des Naturkindergartens bestätigt. Zur Erinnerung: Die CDU-Fraktion wies in der Vergangenheit darauf hin, dass der Waldkindergarten weit außerhalb des Ortszentrums nicht sinnvoll und rentabel sein würde. Ein reichhaltiges Angebot an unterschiedlichen Betreuungseinrichtungen steht Weingarten gut zu Gesicht und sollte unser Anspruch sein, aus diesem Grund ging es der CDU-Fraktion immer nur um den Standort, nicht um die Einrichtung generell. Dass es nun einer neuerlichen Platzsuche bedarf, ist ärgerlich, weil weitere Investitionen damit verbunden sind. Gleichzeitig unterstützen wir diesen geplanten Umzug und würden den bereits in der Vergangenheit diskutierten Standort an der alten Forsthütte in der Waldbrücke präferieren. Dieser würde unserer Meinung nach, durch seine bessere Erreichbarkeit, einen erhöhten Zulauf gewährleisten.

Durch die anhaltende Trockenheit des vergangenen Sommers, waren die Umstände für die Mitarbeiter unseres Forstes deutlich erschwert. Der Weingartener Wald hat unter der Dürre extrem gelitten. Wir bleiben bei unserem Credo, wir sehen unsere Wälder als Investition in die Zukunft, die grundsätzlich zu unterstützen ist.

Die Kirchen und Vereine leisten unschätzbare, wertvolle Arbeit bezüglich der zahlreichen Angebote für die Bevölkerung in unserer Gemeinde. Ohne das Engagement der Ehrenamtlichen wären solche Leistungen nicht vorstellbar, denn eine Gemeinde lebt unmittelbar von diesem Engagement. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an diese uneigennützig tätigen Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde.

Zum gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres hatte die CDU-Fraktion einen Antrag zur Analyse der Frequentierung des Jugendzentrums vorgelegt. Ziel war und ist es, eine Optimierung der Arbeitsabläufe zu gewährleisten, da die Kosten im Vergleich zu gleichwertiger Jugendarbeit deutlich höher waren. Die Ergebnisse stehen noch aus. Im Gespräch ist derzeit

die Möglichkeit die Schulsozialarbeit personell von Seite des Jugendzentrums zu unterstützen. Aus diesem Vorschlag ergäben sich doppelte Synergien – einerseits ist eine partielle personelle Aufstockung im Bereich der Schulsozialarbeit notwendig und andererseits würde dies unserem Antrag im Sinne einer Optimierung des laufenden Betriebes des Jugendzentrums entsprechen. Wir würden diese Lösung begrüßen.

Vermögenshaushalt

Sehr geehrter Herr Bänziger,
im Straßenbau befinden wir uns in einer außergewöhnlichen Situation, in welcher wir zwei Mammutprojekte, in der Burg- und Jöhlinger Straße, umsetzen, sodass der Umbau der Kirchstraße dagegen kaum in Erscheinung tritt. In vielen anderen Ortschaften wäre ein Umbau dieser Größenordnung mitsamt der Einrichtung einer attraktiven Bachbühne ein Projekt mit Sonderstatus. In Weingarten fällt es hinter anderen baulichen Projekten zurück. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Verwaltung und der Gemeinderat aus diesen Erfahrungen, zu viele Projekte gleichzeitig zu bewerkstelligen, unbedingt lernen müssen. Wir hatten unsere Bedenke dahingehend geäußert und sehen diese bestätigt und schlagen deswegen einen Philosophiewechsel vor – behutsam, planbar, bezahlbar.

Das Thema bezahlbarer Wohnraum steht in Weingarten, ebenso wie in Bund und Land auf der vordringlichen Agenda. Es muss in unserer Gemeinde für jedes Einkommen die Möglichkeit geben, bezahlbar zu wohnen. Dies ist sicherlich gesellschaftlicher Konsens und muss es uns wert sein, unsere Anstrengungen dahingehend zu intensivieren. In diesem Jahr ist es unabdingbar, dass die Bebauungspläne im Bereich Eichen- und Lärchenweg sowie altes TSV Gelände in der Waldbrücke realisiert werden. Alles andere würde einen Rückschritt hinsichtlich der bislang erfolgten Bemühungen bedeuten. Die CDU-Fraktion sieht unterschiedliche Modelle in der Realisierung als zielführend, darin sind auch der soziale Wohnungsbau sowie Investorenmodelle enthalten.

Im Rahmen der Auflösung des hochgradig sanierungsbedürftigen alten Freibadgeländes an den heutigen Standort, hatte der damalige Gemeinderat der Bürgerschaft ein Freibad mitsamt Freischwimmbecken versprochen. Bis heute wurde dieses Versprechen nicht eingelöst. Aus diesem Grund erteilen wird der nachträglichen Verwirklichung Priorität. Auf Drängen der CDU-Fraktion wurden daher in den Gemeindehaushalt 2019 2 Millionen EUR verankert. Diese 2 Millionen sind abgedeckt durch die zu erwartenden Einnahmen, die sich aus der Umsetzung des Bebauungsplans altes TSV Gelände ergeben.

Im Gemeinderat soll noch im ersten Quartal dieses Jahres der zweite Bauabschnitt für die Jöhlinger Straße vergeben werden. Die Planungen werden nach dem derzeitigen Stand dafür sorgen, dass sich die Jöhlinger Straße in Form und Ausrichtung fundamental verändern wird - dies begrüßen wir. Die neue Ausprägung soll nicht nur die Lebensqualität der Anwohner erhöhen, sondern die Verkehrssituation vor Ort generell entspannen. Der CDU-Fraktion war es in den Beratungen im Gemeinderat aber auch in den Gesprächen mit der Interessengemeinschaft Jöhlinger Straße wichtig zu erläutern, dass wir das Wohl der Anwohner als auch die Funktion dieser Straße als Landesstraße berücksichtigen wollen. Durch die Initiative der CDU-Verbände von Pfinztal, Walzbachtal und Weingarten wurde ein Runder Tisch zwischen den Gemeinden von Pfinztal, Walzbachtal und Weingarten, dem Regierungspräsidium sowie dem Landratsamt ins Leben gerufen. Erst in der vergangenen Woche verkündete Landrat Dr. Schnaudigel, dass die Gespräche ergeben hätten, dass eine kurzfristige, alternative Umfahrung über den Kirchberg/Bittberg nicht möglich ist. Wir sehen das Ergebnis als absoluten Erfolg im Sinne unseres Antrages, hatten wir darin doch konkret die fehlende einheitliche Kommunikation beklagt. Dass nun ein Ergebnis mit einer Stimme - getreu dem Motto nicht übereinander, sondern miteinander zu reden verkündet wurde, ist sehr zu begrüßen. Auch der letzte Zweifler im hiesigen Gremium dürfte dahingehend nun eines Besseren belehrt worden sein. Die zukünftige planerische Entwicklung einer ständigen und damit langfristigen Umfahrung darf nicht nur Wunsch bleiben, sondern muss, gemeinsam mit den Gemeinden Pfinztals und Walzbachtals, weiterhin immer wieder angesprochen werden. Leider erreichen uns in diesen Tagen vermehrt Anrufe von Anwohnern, die unter der mittlerweile hohen Frequentierung der nicht für den Verkehr freigegeben Route über den Kirchberg leiden. Dass auch schon LKW eines Supermarktes auf dieser Strekke gesichtet wurden, sagt vieles über den derzeitigen Zustand aus.

Nachdem der erste Bauabschnitt im vergangenen Jahr verspätet fertiggestellt wurde, geriet nun der zweite Bauabschnitt in der Burgstraße wetterbedingt ins Stocken. Unsere Fraktion regt im Bereich der baulichen Projekte Veränderungen in den Abläufen an. Einerseits sollen Bauprojekte analog zur Jöhlinger Straße oder der Burgstraße in Zukunft auf einmal (somit entstünde ein kompletter Bauabschnitt) ausgeschrieben werden. Die dadurch erzeugten Synergien sollen nicht nur finanzielle, sondern auch temporäre Vorteile ermöglichen. Gleichzeitig soll ein planerischer Wettbewerb dafür sorgen, dass unterschiedliche Konzeptionen ein optimales Ergebnis ermöglichen. Dieses Vorgehen hat in vergleichbaren Gemeinden zu verbesserten Ergebnissen geführt.

Zu unserem Bedauern war auch im vergangenen Jahr im Gewerbegebiet Sandfeld kein Fortschritt erkennbar. Ein Gemeinderatsbeschluss zur Verwirklichung wurde bereits vor Jahren gefällt. Wir sehen allerdings auch eine Notwendigkeit, bereits bestehende Gewerbebrachen sinnvoll wiederzuverwenden. Daraus würde einerseits der Flächenverbrauch reduziert und andererseits unästhetische bauliche Flecken im Gemeindebild reduziert werden – das Auge isst bekanntlich mit. Derzeit ist die Situation für ansiedlungswillige Unternehmer äußerst unzufriedenstellend. Schon der Anteil der Gewerbesteuer am Gesamthaushalt lässt uns erkennen, dass Weingarten den gesunden Mix aus attraktivem Wohnen und erfolgreicher Gewerbeansiedlung benötigt. Dies zu gewährleisten und die Gemeinde Weingarten für die Generierung von Arbeitsplätzen weiter zukunftsorientiert aufzustellen, sieht die CDU-Fraktion als unabdingbar.

Das Gewerbe und die Unternehmer benötigen hervorragende Bedingungen Dazu gehören auch die digitalen Voraussetzungen. Karlsruhe beherbergt das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Wir sehen

Start-Ups als interessante Alternative zum klassischen Gewerbe. Hierfür benötigen wir allerdings die Köpfe und die optimalen Begleitumstände. Bezüglich der situativen Verbesserungen des öffentlichen digitalen Raumes wurde von Seiten der CDU-Fraktion im vergangenen Jahr ein Antrag zur Beteiligung am Förderprogramm der EU Wifi4EU gestellt. Dieser Antrag soll dazu beitragen, die Versorgung mit kostenlosem W-Lan an öffentlichen Orten in der Gemeinde zu verbessern.

Weingarten spricht für sich, der Name ist Programm. Umgeben von Weinbergen und viel Natur ist dieser Ort einzigartig in seiner Ausprägung. Lassen wir ihn auch einzigartig in seiner Gestaltung werden. Im Speckgürtel von Karlsruhe gelegen muss die Gemeinde erster Anlaufpunkt für Naherholung und Besucher werden. Gemeinsam mit den ansässigen Einzelhändlern, dem kulinarischen Angebot und dem gewerblichen Weinbau wollen wir mit der Verwaltung an der positiven Außendarstellung der Gemeinde weiter arbeiten.

Erfreulich sind die zu vermerkenden Einnahmen aus dem Bau des Lärmschutzwalls an der BAB 5. Der Bau geht stetig voran, gleichzeitig nimmt die Gemeinde durch die Verwendung von externem Erd-Abraum Geld ein. Die Realisierung dieses Projekts darf zu einem nicht unerheblichen Maße der langjährigen Hartnäckigkeit der Weingartener CDU zugeschrieben werden. Politik ist das stetige Bohren harter Bretter. In diesem Fall sieht man eindrücklich, dass sich Beharrlichkeit bezahlt macht.

Eigenbetriebe

Im Gemeindehaushalt des Jahres 2019 wird der Bauhof der Gemeinde Weingarten das letzte Mal als Eigentrieb geführt. Leider hat die Ausgliederung des Bauhofes nur zusätzliche Arbeit für die Mitarbeiter der Verwaltung verursacht. Davor wurde bereits zum Zeitpunkt der Ausgliederung gewarnt. Somit ist der vorgeschlagene Schritt zur Wiedereingliederung in den Gesamthaushalt nur folgerichtig. Die Eigenbetriebe müssen grundsätzlich ausgeglichen dargestellt werden. Der Wasser- und Abwasser-Haushalt wird durch die Gebühreneinnahmen finanziert. Ob sich der Wasserpreis zum Juli dieses Jahres oder erst im Jahr 2020 erhöht, kann nach jetzigem Stand noch nicht gesagt werden. Die Versorgungsicherheit, die durch den neuen Wasserhochbehälter gewährleistet wurde, wird dadurch aufgefangen und ist folgerichtig.

Lassen Sie mich zum Abschluss auf ein übergeordnetes Thema eingehen, das jeden von uns nachhaltig betrifft. In diesem Jahr wird sich das Ende des I. Weltkrieges zum 101. Mal nähern. Frühere Generationen sprachen einst noch vom Erbfeind Frankreich. Was für die eine Generation so weit weg, wie das Leben auf anderen Planeten erscheint, war für andere Generationen bittere Realität. Ich spreche diesen Umstand ganz bewusst an, um Ihnen und uns in Erinnerung zu rufen, dass der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Er ist das Resultat harter Arbeit. Und so hält es sich auch mit Europa und der Europäischen Union. Es ist immer leichter etwas zu zerstören als aufzubauen, wegzulaufen als standhaft zu bleiben. Dieses Vermächtnis zu vererben muss unser Ansporn sein. Europa macht aus Feindschaften Freundschaften.

Zum Schluss möchten wir uns bei allen Mitgliedern des Gemeinderates, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, den Eigenbetrieben, dem Forst, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Roten Kreuz, der DLRG aber auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, für Ihren Einsatz und ihre Mitarbeit im vergangenen Jahr, bedanken. Ihnen und Ihren Mitarbeitern in der Verwaltung, Herr Bürgermeister, gilt unser besonderer Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die CDU Fraktion stimmt der Haushaltssatzung der Gemeinde und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede 2019 der WBB-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Timo Martin

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
liebes Ratskollegium,

das Jahr 2018 zählte meteorologisch gesehen zu einem absoluten Ausnahmejahr. Noch nie gab es in einem Kalenderjahr so viele Sonnenstunden, dazu wurde seit Wetteraufzeichnung die höchste Durchschnittstemperatur verzeichnet. In der Folge gab es eine, zumindest in Deutschland nie gekannte Dürreperiode, deren Ausmaß mitunter erst Jahre später festzustellen ist. Beispielsweise die forstwirtschaftlichen Auswirkungen unseres Gemeindewaldes.
Eine sinnbildliche Dürreperiode dürfte auch unseren kommunalen Haushalt weiter erfassen, wenn man Einnahmen, Ausgaben, Verbindlichkeiten, aber vor allem die mittelfristige Finanzplanung bis ins Jahr 2022 näher betrachtet.
Dabei erlebten wir gewisse Parallelen der 2018er Wetterkurven zur hiesigen Kommunalpolitik. Zunächst hatte unser Bürgermeister mächtig Wasser unterm Kiel, als er, auch mangels qualifizierter Mitbewerber, ungefährdet einen historisch hohen Wahlsieg einfuhr. War es die Bestätigung für die überwältigende Arbeit, oder hatte sich das Dorf auch mangels ernsthafter Alternativen nur eindeutig gegen einen Rechtsradikalen gewandt? Die Ergebnisbewertung zielt immer aus dem Blickwinkel des Betrachters. Genauso unterschiedlich fällt die Einschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde Weingarten aus, die selbst WBB-intern sehr unterschiedlich interpretiert wird.
Unmittelbar nach der Bürgermeisterwahl kam die monatelange Trockenheit, das Wasser unterm Kiel sank auf historisch niedrige Pegel, und wie sagt ein skandinavisches Sprichwort so treffend:

„Wenn der Wasserspiegel fällt, sieht man erst, wer ohne Badehose schwimmt."

Im Vergleich zu früheren Bürgermeisterwahlkämpfen waren die Themen 2018 überschaubar und wenig emotional besetzt. Dass sich jedoch viele Bürger ernsthafte Gedanken um unsere kommunalen Finanzen machen, das zeigte der Wahlkampf überdeutlich, und hier insbesondere die teils hartnäckigen Nachfragen im Rahmen der Bewerbervorstellung. Das pauschale Rezept eines Kandidaten: „do muss ma' halt mol richddig middenanna schwätze" überzeugte erwartungsgemäß nur wenige Wähler.
Es ist zumindest bezeichnend, dass die wahren Hämmer der Kommunalfinanzen erst unmittelbar nach der Wahl dem Gremium, bzw. dem Wahlvolk verkündet wurden. Keine mittelfristige, eigentlich gesetzlich vorgeschriebene Finanzplanung, und kein Wort im Wahlkampf deuteten auch nur ansatzweise auf eine weitere, wahrscheinlich zweistellige Millionenverschuldung hin, sofern man keine Haushaltskosmetik mittels Investorenmodell oder sogenannten PPP-Modellen (privat-public-partnership) avisiert, die seitens der WBB-Fraktion zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund negativer Erfahrungen der Vergangenheit abgelehnt werden.

Schulhausneubau & neuer Kindergarten

Der „plötzliche" Bedarf eines 5-gruppigen Kindergartens und eines zusätzlichen Schulhaus-Neubaus, wenn nicht sogar eine komplette Schulstandortverlagerung, entsteht normalerweise nicht über Nacht. Zumindest beim Thema Kindergarten gingen wir nach etlichen Millioneninvestitionen binnen der letzten zehn Jahre sowie der regelmäßigen öffentlichen Fortschreibung der Bedarfsplanung nicht von einer dermaßen großen Notwendigkeit aus.
Ein letztes Mal meteorologisch verglichen sind wir haushaltstechnisch wie von einer Dunstglocke des Feinstaubs umzingelt, kein reinigender (Finanz-)Regen in Sicht, langfristige Fahrverbote der kommunalen Selbstverwaltung drohen durch das Rechts- und Kommunalamt als übergeordnete Prüfbehörde.

Künftiges Steueraufkommen?

Die Aussichten der mittelfristen Finanzplanung sind nicht nur wegen diesen weiteren erforderlichen Millioneninvestitionen getrübt. Das statistisch schon viel zu lang andauernde Konjunkturhoch neigt sich vielen Experten zufolge dem endgültigen Ende entgegen. Bleibt es bei diesem großen Steueraufkommen als Haupteinnahmequelle unserer Gemeinde? Wie volatil kann sich die Gewerbesteuer (derzeit 5,5 Mio. €) jährlich ändern, wenn es an die Umsetzung der öffentlich bekannten Großinvestitionen einzelner Betriebe geht, für die bereits Baurecht geschaffen wurde?
Eine Frage, die unsere Fraktion mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung scheinbar auch exklusiv umsorgt, und auf die selbst Finanzexperten auf Landkreisebene auf Nachfrage nicht antworten können:
Wie wirkt sich eigentlich der demografische Wandel auf die Entwicklung der größten kommunalen Steuereinnahme aus, nämlich die auf Weingarten bezogenen aktuell 7,2 Mio. € Einkommensteueranteile? Die ersten sogenannten „Babyboomer", auch als „Bauch" der demografischen Bevölkerungspyramide bezeichnet, stehen kurz vor dem Ruhestand, neben dem Fachkräftemangel dürfte das doch sicherlich auch in dieser Steuerform massive Auswirkungen nach sich ziehen, wenn in Summe deutlich weniger Menschen erwerbstätig sind.
Inwieweit sich das 2018er Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf die Neubewertung der Grundsteuer auswirkt, ist ebenfalls völlig offen. Solche Grundsatzänderungen dienten gelegentlich

schon einmal zu einer weiteren Verschiebung der Steuerempfänger.

„Gefälligkeitsdemokratie“

Noch gravierender für die Kommunen dürfte der jüngste Akt in Sachen „Gefälligkeitsdemokratie“ der Baden-Württembergischen Landes-SPD sein. Man möchte ernsthaft das Volk über Gebührenfreiheiten der Kinderbetreuung abstimmen lassen, um so vielleicht den Status oder Sympathien einer Volkspartei retten zu können. Wieso stimmen wir nicht gleich bundesweit über die Senkung der Mehrwertsteuer ab? Natürlich wieder kein Wort davon, wer die von der SPD errechneten 529 Mio. € und vom Städte- und Gemeindetag abweichend sogar mit 730 Mio. € bezifferten kommunalen Gebührenausfälle auch nur ansatzweise gegenfinanzieren solle. 201 Mio. € Differenz? Scheinbar Peanuts, dabei liegen die Zahlen aller 1011 BaWü-Kommunen doch jährlich präzise vor. Kein Wort davon, wie sich diese Freiheit in Folgewirkung auf kommunale Substanzen auswirkt, Stichwort zusätzlicher Bedarf an unterhaltungspflichtigen Liegenschaften, Personalknappheit, Verwaltung, Qualität der Betreuung, oder das Angebot der Betreuungszeiten. Wie weit öffnet man die Schleusen? Aus unserer Sicht kann das nur bundeseinheitlich gleichermaßen gerecht funktionieren, dann aber auch die Lernmittelfreiheit überall gleichermaßen inbegriffen. Ein Schulterschluss aller Parteien wäre nötig, niemand sollte sich alleine auf Steuer- oder Gebührenschuldnerkosten profilieren.

Außenbecken Freibad

Ein Hauch an Gefälligkeitsdemokratie und Profilieren im Millionenbereich möchte scheinbar auch die Weingartener CDU. Erinnert sich die Union doch zufällig alle 5 Jahre direkt vor der Kommunalwahl an Ihr eigenes Versprechen aus dem Jahre 2004, den Bürgerinnen und Bürgern ein neues Freibad bauen zu wollen. „Man hat es den Bürgern klar versprochen“ ist zwar eine völlig richtige Aussage der damaligen Befürworter (CDU + FDP, Altbürgermeister Scholz) der Freibadverlagerung. Es fehlt jedoch vollständiger Weise der zarte Hinweis, das sich damals wohl jemand (oder mehrere…?) gewaltig verrechnet hatten. Sollten doch aus den 2,5 Mio. € Grundstückserlösen des alten Bades die Hallensanierung und die Verlagerung bezahlt werden. Während eine kommunal in Auftrag gegebene Bäderstudie (lag leider erst 5 Jahre nach dem Grundsatzbeschluss vor) Baukosten je nach Variante von 4-10 Mio. € prognostizieren (wohlgemerkt Baukostenindex Stand im Jahr 2009), so hatte alleine die Walzbachhalle rund 3,7 Mio. € an Sanierungsgeldern verschlungen. Auf die Vorschläge der fordernden Fraktionen, wie der 5-10 Mio. € schwere Fehlbetrag gegenfinanziert werden kann, geschweige denn die künftigen Betriebskosten erwirtschaftet werden, sind wir jedenfalls ebenso gespannt, wie die Frage der Gegenfinanzierung der Gebührenfreiheit der Kinderbetreuungseinrichtungen.
Für unsere Fraktion stellt sich jedenfalls diese Frage frühestens nach der dringenden Abarbeitung unserer oben bereits beschriebenen Pflichtaufgaben. Die „Schule im Container“, auch wenn wohlwollende Bezeichnungen wie „klimatisierte Lernpavillons“ gleich viel angenehmer klingen, können nur eine temporäre Lösung sein, und sind eigentlich eines Schulstandortes wie Weingarten unwürdig.

Gesamtverschuldung

Man kann vieles beschwören, vertuschen, oder die Fakten vielleicht nicht so kritisch wie die WBB-Fraktion sehen. Auch wenn dies angesichts einer Gesamtverschuldungsprognose bis 2022 in Höhe von fast 44 Mio. € als schon fahrlässig einzustufen ist.
Es kommt doch meist immer wieder anders, als sogenannte „Experten“ es vorausgesehen haben. Prominentes Beispiel ist das unrühmliche 10-jährige Jubiläum der Wirtschaftskrise 2009, welches mit der Pleite der US-Bank Lehmann Brothers Ende 2008 begonnen hat. Gott sei Dank sind die ganzen Prognosen der Krisenszenarien nicht eingetroffen und es geht uns augenblicklich ziemlich gut, wenn nicht sogar sehr gut. Wir erleben immer noch eine prosperierende Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit ist nahezu historisch niedrig und der private Konsum steigt ständig. Allerdings werden derzeit die Wirtschaftswachstumsprognosen immer weiter nach unten korrigiert. Der Bund kann 2019 mehr als 356 Mrd. € ausgeben, das Land schwimmt im Geld und legt per Gießkannenprinzip ein Förderprogramm nach dem anderen auf. Und sogar der Landrat senkt im Kommunalwahljahr trotz der schwindelerregenden Aussicht auf dreistellige Millioneninvestitionen in ein neues Landratsamt, die schulischen Kreis-Bildungszentren, oder die Krankenhäuser im nördlichen Landkreis die kommunale Umlage um 2 Punkte. Das bringt Weingarten 2019 zwar kurzfristig ungeplante 282 Tsd. € in den Verwaltungshaushalt, rechnet man jedoch den Gemeindeanteil der zu erwartenden 150 Mio. € Schulden des Kreishaushaltes, sähe unsere Verschuldung mit weiteren 3,61 Mio. € noch desaströser aus. Denn Kreisschulden sind kommunale Schulden.
Da Schulden für die wenigsten unmittelbar greifbar sind, sind es vielleicht die euphorischen Konjunkturdaten, zumindest die irreführenden Begleitumstände der zu vermeldenden Rekordergebnisse, warum die WBB-Fraktion gemeinsam mit der CDU und FDP manchmal ein Gefühl beschleicht, dass scheinbar nur ein Bruchteil des Gemeinderates sich vertiefend mit dem Haushaltszahlenwerk auseinandersetzt.
Der eventuell bereits vergessene Abschlussprüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt 2015 hat der Gemeinde dennoch eine klare Aufgabenstellung verordnet, die auch vier Jahre später noch nicht ansatzweise umgesetzt wurde:

„Es gilt durch gezielte Einnahmeerhöhungen oder Ausgabeneinsparungen Verbesserungen herbeizuführen“.

Unsere permanente Unzufriedenheit in der Fraktion, sich die letzten Jahre fast ausschließlich nur mit Millionenprojekten statt parallel, ich betone parallel, mit einer Haushaltskonsolidierung zu beschäftigen, führte letztes Jahr zu unserer seit 2010 erstmaligen Ablehnung des jährlichen Haushaltes.

Auflagen, Ansprüche, Anforderungen…

Äußere Umstände, Konjunktur, aber vor allem unsere in den letzten 15 Jahren massiv gestiegenen gesetzlichen Anforderungen, Auflagen, Ansprüche, Erwartungshaltungen und gesellschaftliche Veränderungen treiben uns in eine enge Finanzspirale. Jüngstes Beispiel sind neben zahlreichen

Brandschutzauflagen die „Bauwerkshauptprüfungen“ unserer Brücken. Binnen 30 Minuten musste der AUT über ungeplante 1,5 Mio. € Ausgaben für neun zu sanierende oder zu ersetzende Brücken entscheiden, weil die Brücken nicht mehr dem baulichen Standard entsprechen. So manche Rad- und Fußwegbrücke hätte sicherlich in den vergangenen Jahrzehnten noch etliche Jahrzehnte ihren Dienst verrichtet.
Diese Entwicklungen sind zwar zu Recht besorgniserregend, aber letztlich betrifft dies alle Kommunen gleichermaßen. Diesen „Systemfehler“ der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen parallel zu überproportional steigenden kommunalen Pflichtaufgaben, Auflagen und damit verbundenen Personalmehrbedarf hatten wir bereits bei der Haushaltsrede 2017 thematisiert, hier sind unsere Vertreter der Parteien gefragt, welche die Auflagen, Gesetze und Bestimmungen beschließen.

Unsere absolute Kernkritik richtet sich jedoch auf Fakten, die wir selbst beeinflussen können und wo wir nach Ansicht der WBB jahrelang unsere Hausaufgaben verweigern:

- Kein krisenfestes Konzept, wenn unbeeinflussbare, meist konjunkturbedingte Einnahmen plötzlich ausbleiben
- der Blick auf ständige weitere steigende Freiwilligkeitsausgaben sprich ganzjährige Haushaltsdisziplin, nicht nur bei den verbalen Volksreden zum Haushalt
- Mehrere Absagen von Verwaltungsausschusssitzungen „mangels Themen“
- der permanente und adäquate Blick auf angemessene nachhaltige Gebühren und Steuern
- deutliche Effizienzsteigerung in der Verwaltung
- Hinterfragen von „lieb gewordenen Dingen“
- die Schaffung eines Arbeitsklimas, das die nach wie vor starke und permanent verlustbringende Personalfluktuation eindämmt
- moderne Arbeitszeitmodelle -und formen, die auf einen innovativen, zeitgemäßen, vorbildlichen und attraktiven Arbeitgeber schließen, und der damit einen Vorsprung beim Kampf um Fachkräfte sich erarbeitet

Warum stimmt die WBB nun dem diesjährigen Haushalt mit den Ziffern A-D vollumfänglich zu?

Entschuldigung, dass ich den Spannungsbogen so abrupt beende.

Weil wir ungeachtet unserer Kernkritik konstruktiv der Verwaltung unseren Respekt zollen, die Mammutaufgabe „Sanierung Jöhlinger Straße“ mit den wahnsinnigen und zeitintensiven Begleitumständen endlich angegangen zu haben. Nicht zu vergessen die parallelen Großbaustellen „Kirchplatz“ und „Burgstraße“ unter Berücksichtigung vieler nicht besetzten Stellen und einer weiter steigenden Personalfluktuation.
Wohl gemerkt gilt diese einmalige Zustimmung für diesen Haushalt, nicht für die geplanten Bauzeiten der nächsten Jahre! Denn beim Versäumnis der eigenen Hausaufgaben wollen und werden wir nicht hinwegschauen! Nehmen wir alleine die ersten neun Monate des Jahres 2018, einzig dominiert durch die Bürgermeisterwahl, das Auskosten und Abtauchen nach dem Erfolg: Wir hätten angesichts von Sitzungsabsagen und wenig relevanten Tagesordnungspunkten unsere Gemeinderatsarbeit quasi einstellen können.
Dabei könnten wir bei Ausklammerung unseres kritischen Haushaltsempfindens ein Volk mit den höchsten Zufriedenheitswerten sein. Doch trotzdem, und das eigentlich völlig unverständlich, wird leider von manchen Menschen, in sozialen Medien und neuerdings auch von Splittergruppen die sich Parteien oder Anderswie nennen, ein Bild vermittelt, dass vieles nicht funktioniert und große Defizite vorhanden sind. Entsprechend verunsichert fühlt sich mancher Bürger, sitzt dem einen oder anderen Rattenfänger auf und blickt pessimistisch in die Zukunft – ganz nach dem Motto von Karl Valentin:

„Früher war die Zukunft auch besser“.

Woran liegt das? Vielleicht an den Vorboten diverser Wahlkämpfe? Vielleicht an dem zunehmenden Individualisierungsstreben, das durch alle neuen technischen Errungenschaften noch mehr verstärkt wird?
Sicher aber auch daran, dass wir verlernt haben, dankbar zu sein. Dankbar für das Erreichte, für das, was wir haben, für das was wir gestalten können. So gefällt mir viel besser als das Valentin-Zitat das Wort des englischen Künstlers Francis Bacon

„Es sind nicht die Glücklichen, die dankbar sind.

Es sind die Dankbaren, die glücklich sind.“
Bei allen Herausforderungen und Problemen, mit denen sich der neue Gemeinderat ab Sommer 2019 bis ins Jahr 2024 auseinandersetzen muss, sollten sich jeder immer wieder bewusstwerden, auf welch hohem Niveau wir leben, über welche tatsächlichen Probleme wir schimpfen, welche umfassenden Projekte wir in den letzten Jahren für Weingarten und den Landkreis gemeistert haben. Die allesamt aufzuzählen würde diese Rede sprengen. Wir haben jedenfalls das Glück, auf einer der reichsten und friedlichsten Ecken der Erde zu leben. Damit Weingarten keine Nuancen seiner Attraktivität einbüßt hat die WBB-Fraktion folgende Gedanken zu Einzelthemen, bzw. der kommenden Legislaturperiode, die natürlich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur ein kleiner Streifzug der Kommunalpolitik sein können:

Öffentlicher Raum:
Durch die Nachverdichtung und Ausschöpfung des Baurechts werden immer mehr Menschen auf der selben Fläche zusammenleben. Die Konflikte und die Ellenbogenmentalität nehmen zu, dabei brauchen wir klare, überwachbare Regeln der gegenseitigen Rücksichtnahme. Der Gemeinderat braucht endlich den Mut, sich klar für schwächere Verkehrsteilnehmer zu bekennen. Mit dem Mobilitätskonzept haben wir große Hoffnung, dass weitere Fortschritte erzielt werden.

Das „Umparken“ beginnt im Kopf!

Kein Mobilitätskonzept ersetzt einen klaren politischen Willen. Wir müssen in die Parkraumbewirtschaftung flächendekkend einsteigen, während wir das Ziel barrierefreier, ausreichend breiter Bürgersteige mit den jüngsten Straßenprojekten endlich erreicht, bzw. in den Köpfen verankert sehen.
Während landesweit der Radverkehr und dessen Infrastruktur eine regelrechte Renaissance erhält, darbt das Bemühen um ein „Fahrradfreundliches Weingarten“. Seit

5 Jahren grübelt die Verwaltung über den WBB-Antrag, der lediglich den Wunsch enthält, vernünftige Fahrradstellplätze an hochfrequentierten Stellen im Ort zu schaffen. Dafür braucht man wahrlich keine Ingenieursleistungen in Form des Mobilitätskonzeptes. Das Beispiel der Ettlinger Altstadt zeigt, wie Räder geordnet und unauffällig sicher verwahrt werden können. Ein großes Ziel der nächsten Jahre bleibt der Radwegausbau nach Karlsruhe. Weder der miserable Wirtschaftsweg in den „Auwiesen" noch der grob geschotterte Weg entlang der Bahn entsprechen einer ganzjährig nutzbaren, vernünftigen Radinfrastruktur.
Die WBB beantragt daher den Radverkehrsmanager des Landkreises in den Gemeinderat einzuladen, der Optionen, Wegeverbindungen und Fördermöglichkeiten aufzeigen soll.

Mietwohnungen/Sozialer Wohnraum – neue Hausformen
Zu diesem Thema haben wir einen ausführlichen Antrag eingereicht, der bereits seit einem Jahr, ebenfalls unbearbeitet, bei der Verwaltung liegt und inhaltlich unserer Homepage entnommen werden kann. Aus unserer Sicht fehlen nach Jahrzehnten des überwiegenden Eigenheimbaus Mietwohnungen in Weingarten. Bei größeren Investorenprojekten, bei denen meist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erforderlich ist, soll künftig eine zu definierende Sozialquote für bezahlbaren Wohnraum auferlegt werden, die im Gegenzug durch Landesfördermittel kompensiert wird. Damit erreichen wir, dass dringend benötigte Fachkräfte auch nahe Ihrer Arbeit wohnen und leben können. Die Chancen von Inklusion und sozialer Durchmischung sehen wir als absolutes Plus an.
Unser langjähriges Ziel ist auch dahingehend erreicht, dass zum Schutz unserer Gemarkung und die an die Kapazitätsgrenze kommende Infrastruktur eine große Gemeinderatsmehrheit sich mittlerweile gegen großflächige Ausweisungen neuer Baugebiete ausspricht. Daher müssen ein Dutzend Bebauungspläne, meist für die Innenverdichtung, aber auch um klare, gleichberechtigte Regeln zu schaffen, überarbeitet werden. Das Tempo muss forciert werden, etliche junge Familien warten. Die WBB hatte bereits geäußert, dass sie in Teilbereichen unserer Gemarkung offen gegenüber neuen, „ökologisch und ökonomisch sinnvollen Hausformen" ist.

Kommunales Glasfasernetz:
Hier halten wir es für erforderlich, dass ein örtlich organisierter „Vertrieb", zumindest geschulte Mitarbeiter des Bürgerbüros, unsere Bürger zu diesem komplexen Thema frühzeitig umfassend berät. Das hatten wir bereits beim Grundsatzbeschluss in unserer Stellungnahme vorgeschlagen. Wir brauchen zur Refinanzierung und Wertsteigerung unseres wachsenden kommunalen Glasfasernetzes eine hohe Anschlussdichte, nachdem der private Markt versagt hat, bzw. sich in Sachen Infrastruktur „nur die Rosinen" herauspickt.

Biotopvernetzung & Hochwasserschutz:
Unsere Landschaft macht unsere Gemarkung einzigartig. Auch hier liegt ein konkreter und erst teil-bearbeiteter WBB-Antrag zur Biotopvernetzung der Verwaltung vor. Für solche Projekte bestehen Fördermöglichkeiten des Landes und sollten daher nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dringend ist auch das Thema Hochwasserschutz. Vor über 3 Jahren wurden die Gemeinderäte Walzbachtal und Weingarten in einer gemeinsamen Sitzung aufgeklärt, welche Maßnahmen nach dem großen Hochwasser im Jahre 2013 (…!) zu treffen sind. Oftmals sind es nur kleine, wenig kostenintensive Stellschrauben, um eine deutliche Entlastung des Kanalnetzes zu erreichen. Es ist völlig unverständlich, warum sechs Jahre nach den Starkregenereignissen bis dato nichts umgesetzt wurde. Hier herrscht dringender Bedarf, bevor statistisch gesehen in spätestens vier Jahren das nächste große Hochwasser kommt.

Gewerbegebiet Sandfeld:
Was soll man hierzu noch sagen? Im Jahre 2010 erfolgte der Grundsatzbeschluss, seit über 8 Jahren arbeitet die Verwaltung an der Umsetzung, obwohl laut dem Bürgermeister seit Jahren ein vermeintlicher „6er im Lotto" (lukrative Gewerbesteuer) auf seine Ansiedlung wartet. Wir wundern uns in der Phase der Hochkonjunktur und niedriger Zinsen doch sehr über so viel Geduld. Oder sind die Pläne zwischenzeitlich ad acta?
Es wäre wünschenswert, und das gilt eigentlich für alle Projekte, diese mal zielgerichtet, konzentriert und vor allem am Stück abzuarbeiten. Das ist auch Effizienz dem Gremium gegenüber, das sich sonst jedes Mal wieder neu mit der Materie beschäftigen muss.
Zwei grundsätzliche Dinge möchten wir noch zum Schluss ansprechen, aus denen auch formelle Antrag erfolgen:

Überproportionale Grundsteuererhöhung:
Der Grundsatz:

„Gebühren vor Steuern"

steht nicht nur in der Gemeinde-Haushaltsverordnung des Innenministeriums, sondern entspricht absolut **unserem politischen Grundverständnis**. Wir fordern seit langem, sämtliche Gebühren dauerhaft und nachhaltig zu überprüfen und ggfls. Anpassungen vorzunehmen. Pauschale Steuererhöhungen wie die geplante 100 Punkte umfassende Grundsteuererhöhung in den nächsten drei Jahren lehnen wir kategorisch ab, zumal unsere Bürger schon mit einer 25%igen Erhöhung des Wasserpreises konfrontiert werden.
Zunächst müssen wir unsere Hausaufgaben nach dem Steuergrundsatz erledigen. Ein Beispiel für diesen legitimen Grundsatz: Wir möchten keine betagten Senioren, vielleicht lediglich mit Rollator statt eines Fahrzeugs ausgestattet, über eine weitere Erhöhung der Grundsteuer zur Kasse bitten, um die Millioneninvestitionen in die Schaffung von öffentlichem Parkraum finanzieren zu können. Dies ist nur ein Bespiel von vielen, wo wir eher die konkreten Nutzer (z.B. Autobesitzer) statt die Allgemeinheit in der Bringschuld sehen. Denn die Grundsteuererhöhung betrifft spätestens über die Nebenkostenabrechnung jede Bürgerin und jeden Bürger.

Ortsrechtssatzungen
Viele Gemeinderatsgenerationen haben in den letzten 5 Jahrzehnten Regelwerke und Satzungen erlassen, die unser Zusammenleben ordnen und strukturieren sollen. Wir haben häufig das Gefühl, dass selbst der Verwaltung nur ein Bruchteil davon bekannt ist, oder sie werden ignoriert, zu viele Ausnahmen gemacht, oder noch schlimmer bewusst fehlinterpretiert. Als Beispiel seien hier Entscheidungen der Vereinsförderungsrichtlinien genannt, die man ebenfalls unter die Kategorie „Gefälligkeitsdemokratie" (im Vorbürgermeisterwahlkampf…) einordnen kann. Wir möchten zum Schutz des Vereins nicht

näher darauf eingehen. Wir beantragen für den Verwaltungsausschuss analog der Vorgehensweise des Ausschusses für Umwelt- und Technik in Sachen Priorisierung der Bebauungspläne, dass sich das Gremium intensiv mit der vorhandenen Ortsrechtssatzung auseinandersetzt, eine Prioritätenliste der Satzungsüberarbeitungen erstellt, und überlegt, welche Satzung aufgehoben, ergänzt oder überarbeitet werden muss.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, dem Bauhof, dem Hausmeisterteam, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Eigenbetriebe, der Schule, dem Hort, der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Bäder sowie allen in der Gemeinde tätigen Ehrenamtlichen für Ihr Wirken und Engagement danken.

Sie sind die Eckpfeiler und Garanten für unser Wohlbefinden im schönen Weingarten!

Haushaltsrede 2019 der SPD-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Wolfgang Wehowsky

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der heute zur Entscheidung anstehende Haushalt wird geprägt durch die deutlich steigenden Einnahmen aus der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen des Landes, für die die bisherige gute wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich ist. Man darf derzeit aber nicht mehr davon ausgehen und hier entsteht eine erste Unsicherheit, dass die augenblickliche wirtschaftliche Verfassung uns weiterhin erhalten bleiben wird. Wenn man den Prognosen der führenden Wirtschaftsinstitute Glauben schenkt, wird sich die Konjunktur dieses Jahr spürbar abschwächen oder eventuell sogar stagnieren. Dies ist auch kein Wunder bei einer immer unruhiger werden Welt, in der die führenden globalen Wirtschaftsmächte eher auf Handelsstreit, neue Strafzölle und eigene Wege zu egoistischem Erfolg aus sind, als weiterhin offene Wirtschaftsgrenzen bei weitestgehender Zollfreiheit dauerhaft zu ermöglichen. Allein die Unsicherheit über die Art und Weise des Brexits, mit dem Großbritannien die EU verlassen will, versetzt die europäische Wirtschaft zunehmend in eine gewisse Unsicherheit.
Vieles bleibt dabei spekulativ.
Bis zum Beweis des Gegenteils gehen wir daher bei unserer Haushaltsplanung von den zuletzt bekannten offiziellen Steuerschätzungen vom November 2018 aus; wohlwissend, dass noch Überraschungen eintreten können. Dies ist auch der Grund dafür, dass wir auf der Ausgabenseite unser Investitionsprogramm zeitlich gestreckt haben.
Nach dem vorliegenden Planentwurf werden im Haushaltsjahr 2019 die **Einnahmen und Ausgaben im Gesamthaushalt 41,54 Mio. €, davon im Verwaltungshaushalt einschließlich innerer Verrechnungen 32,9 Mio. €** betragen. **Der Vermögenshaushalt hat 2019 ein Volumen von 8,63 Mio. €**. Allein in Baumaßnahmen werden rund 6 Mio. € investiert.
Die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt hat sich jetzt nach intensiven Einzelberatungen in den Ausschüssen **auf 1,07 Mio. € erhöht**. Verbesserungen beim Umfang der Zuführungsrate konnten u. a. durch den teilweisen Aufschub von Maßnahmen der Unterhaltung der Gebäude, Straßen und Plätze in vertretbarem wirtschaftlichem Rahmen erzielt werden. Zudem haben wir durch die unerwartete Senkung der Kreisumlage von 32 auf 30 Prozent Minderausgaben i. H. v .282 TSD. € im Verwaltungshaushalt zu verzeichnen. Doch wie lange können wir von dieser Umlagequote bei den künftig steigenden Aufwendungen des Landkreises ausgehen?
Der Gemeinderat hat dieses Jahr seine Haushaltsberatungen nach mehreren Diskussionsrunden in den Ausschüssen bereits Ende November 2018 beendet. Danach wird die Gemeinde Weingarten in den nächsten Jahren entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung enorme Summen für den Erhalt und die Verbesserung ihrer Infrastruktur, für Kinderbetreuung auf hohem Niveau und für einen erforderlichen Neu- bzw. Erweiterungsbau der Turmbergschule verausgaben. Im aktuellen Finanzplan für 2020 stehen für die Erweiterung der Gemeinschaftsschule und den Neubau eines Kindergartens jeweils 2 Millionen Euro bereit. Bei diesen Beträgen dürfte es jedoch nicht bleiben.
Die Haupteinnahmen des Verwaltungshaushalts rekrutieren sich u. a. auch aus der Gewerbesteuer, die aufgrund der allgemein guten Wirtschaftslage höher ausfallen dürfte, als erwartet, ferner Grundsteuer, Umsatzsteuer und Gebühreneinnahmen. Dazu gehören auch die Zuweisungen des Landes für den Familienleistungsausgleich. Die von der Gemeinde festzusetzenden Steuern bleiben 2019 unverändert.
Die Kämmerin und Bürgermeister Eric Bänziger sind in ihren Ausführungen zum

Haushalt 2019 detailliert auf das vorliegende Zahlenwerk eingegangen, sodass ich auf die dort genannten einzelnen Beträge verweisen darf.
Unsere wichtigen Straßenbaumaßnahmen befinden sich im Zeitplan. Allein durch die Investitionen in den Straßenbau wird sich unsere Rücklage – wie schon 2018 - deutlich vermindern. In diesem Haushaltsjahr beträgt die **Entnahme aus der Rücklage rund 1,9 Mio. €**. Die gesetzliche vorgeschriebenen Mindestrücklage wird aber nicht unterschritten. **Die Nettoneuverschuldung erhöht sich 2019** dagegen nicht.
Die Steigerung der Personalausgaben für 2019 zielt neben der allgemeinen Tarif- und Besoldungssteigerung auf die im Stellenplan ausgewiesenen rd. 10 neuen Stellen. Grundlage hierfür ist die erfolgreiche Umsetzung der Stellenausschreibungen. Andererseits werden durch die Übernahme der Reinigung in Eigenregie Fremdleistungen eingespart. Ab 2020 wirken sich die Stellenmehrungen in vollem Umfang auf den Verwaltungshaushalt aus. Deshalb sehen wir es zur Begrenzung der gesamten Personalaufwendungen für notwendig an, künftig nicht mehr benötigte Stellen jetzt schon mit einem KW-Vermerk zu versehen.
Zur späteren Bewertung, ob und inwieweit sich die neue Personalstruktur in der Verwaltung des Rathauses auf die Verbesserung der Effektivität und Effizienz sowie die Zielerreichung de anspruchsvollen Aufgaben ausgewirkt hat, **beantragt die SPD-Fraktion eine Evaluation über die Entwicklung der gesamten Personalausgaben** anzustellen, fortzuschreiben und dem Gemeinderat im Herbst 2020 für die Haushaltsberatungen 2021 vorzulegen.
Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung und die Nutzung der Online-Angebote über unsere Homepage sind anfangs mit einer kurzfristigen Verstärkung des Personals verbunden, müssen aber mittelfristig Einspareffekte zeitigen.
Nicht vergessen werden soll, dass in diesem Jahr auch unsere Vorbereitungen zur Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik bei der Erstellung der Haushaltspläne und der Wirtschaftsführung abzuschließen sind. Nachbargemeinden sind uns hier schon voraus. Schön wäre es, wenn wir von deren Erfahrungen profitieren könnten.

Was der SPD-Fraktion 2019 weiterhin wichtig ist!

Wir unterstützen den **sozialen Zusammenhalt in Weingarten**. Die auf unsere Initiative vorgenommene Einführung des Kinder- und Seniorenpasses geben dafür ein beredtes Zeugnis ab. Außerdem wird in diesem Jahr – rechtzeitig vor Start der Freibadsaison - unser Antrag für die Einführung einer preisgünstigen Familienkarte im Freibad nochmals zur Beratung im Gemeinderat aufgerufen. Gleichzeitig befürworten wir die Anstrengungen, einen Bürgerbus einzuführen. Nach dem Motto „Bürger fahren Bürger" sehen wir einen zunehmenden Bedarf für eine solche ehrenamtliche Einrichtung. Es sollte nicht übersehen werden, dass es in Weingarten auch Fälle einer „verschämten Armut" gibt; das sind Menschen, die bei der Gemeindeverwaltung wegen Sozialhilfe- oder Grundsicherungsleistungen – trotz möglichen Anspruchs - nicht vorstellig werden, aber ihren Lebensunterhalt allein aus ihren Bezügen nur schwerlich decken können. Ein Bürgerbus könnte hier auch regelmäßige Fahrten zu Tafelläden in der Umgebung anbieten.
Was tut sich eigentlich bei der von Mitbürgern beantragten und von unserer Fraktion unterstützten Mitfahrerbank?

Gewerbegebiet Sandfeld
Hier erinnern wir an die planerischen Vorbereitungen zur Baureifmachung. Natürlich müssen zuvor alle Grundstücke von der Gemeinde erworben sein. Dabei gehen wir davon aus, dass die uns vermittelten Fakten mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Einige Unternehmen warten schon seit längerem ungeduldig auf den ersten Spatenstich im neuen Areal.

Einkaufsmöglichkeiten am Ort erhalten
Weingarten ist u. a. deshalb eine lebendige Gemeinde, weil wir attraktive Einkaufsmöglichkeiten sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie besitzen. Die Sorge bleibt aber, dass immer mehr Geschäfte schließen und der Leerstand in der Ortsmitte zunimmt. Das ruft förmlich nach zusätzlicher Förderung unseres Mittelstandes und weiterer Marketingoffensiven.

Kosten der Kinderbetreuung
Zunächst ist positiv zu erwähnen, dass es letztes Jahr gelungen ist, in einem Dreiklang zwischen Gemeinde, Trägern und Eltern ein transparentes Gebührenmodell zur Berechnung der Elternbeiträge zu vereinbaren, welches Mehrkindfamilien entlastet. Bei der Kleinkindbetreuung ist der allgemeine Zuschussbedarf seitens der Gemeinde weiter gestiegen. Hier appellieren wir an die Landesregierung, sich ihrer Verantwortung für eine hochwertige Kinderbetreuung bewusst zu werden und die Landeszuwendungen hierfür angemessen zu erhöhen. Was die **Elternbeiträge** betrifft, sollte sich das Land Baden-Württemberg ein Beispiel an Rheinland-Pfalz, Berlin, Niedersachsen, Hessen oder Bayern nehmen.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Forderung an den Landesgesetzgeber, zur Entlastung der Familien

die Kita-Gebühren, auch eventuell stufenweise - wie in anderen Bundesländern realisiert – abzuschaffen. Frühkindliche Bildung muss künftig - wie der Besuch der staatlichen Schulen und Universitäten - **kostenlos** sein, um Chancengleichheit zu ermöglichen. Das neue Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung, welches zwischenzeitlich auch den Bundesrat befürwortend passiert hat, schafft dafür eine zusätzliche finanzielle Grundlage. Die Mittel aus diesem Gesetz sollten jetzt u. a. zur **stufenweisen Entlastung** der Elternbeiträge verwendet werden. Da eine positive Reaktion der Landesregierung weiterhin aussteht, hat die SPD zur Legitimation ihrer Forderung in Baden-Württemberg ein **Volksbegehren** gestartet. Ich bin mir sicher, dass wir die notwendigen Unterschriften dafür aus der Bevölkerung bekommen werden.

Ausbau der Gemeinschaftsschule und Optimierung der Digitalisierung
Hier bleibt zu hoffen, dass es doch noch zu einem Kompromiss zwischen Bund und Ländern über den Digitalpakt kommt und entsprechende Mittel daraus dann auch der Turmbergschule zur Verfügung stehen. Jetzt sollte auch die Planung für die notwendige Erweiterung der Turmbergschule in Angriff unverzüglich genommen werden, um nicht weiter in Verzug zu geraten. Das endlose Warten auf ein angekündigtes Agreement mit den Kirchen hat kostbare Zeit gekostet und letztlich nichts als Ungewissheit gebracht. Um Klarheit über die Chancen eines mit den Kirchen gemeinsam zu stemmenden Projektes zu erhalten, regen wir einen baldigen runden

Tisch des Bürgermeisters mit Vertretern der Fraktionen und den Verantwortlichen der katholischen und evangelischen Kirche an.

Anerkennung der Schulsozial,-Vereins- und Jugendarbeit
Unsere Fraktion steht uneingeschränkt zur Vereins- und Jugendförderung. Dies umfasst sowohl die Sportförderung, den Zuschuss zu den Musikschulen, den Zuschuss zum Jugendzentrum als auch die Unterstützung für unsere Gemeindebibliothek. Wir befürworten aus gegebenem Anlass außerdem eine zeitgemäße Überarbeitung und Neufassung der Vereinsförderrichtlinien, die den Vereinen mehr Möglichkeiten gibt, für ihre Investitionen einen Zuschuss zu erhalten.
Schulsozialarbeit und Jugendzentrum - Beide werden dringend gebraucht. Sie bearbeiten spezielle soziale Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendarbeit, die sich über bestimmte Schnittstellen berühren und Redundanzen vermeiden helfen. Wir bezweifeln den Sinn, mit einer betragsmäßigen Kürzung beim Jugendzentrum eine entsprechende Umwidmung zur Schulsozialarbeit vorzunehmen, damit der dort notwendige Personalmehraufwand gedeckt werden kann. Diese Kürzung beim Jugendzentrum kann u. E. dazu führen, dass der eine oder andere Treff bzw. ursprünglich geplante Aktivitäten für Jugendliche nicht mehr stattfinden können. Die Verwaltung wird gebeten, sowohl bei KVJS als auch beim Landratsamt höhere Zuschussbeträge für die spürbar zunehmende Schulsozialarbeit zu beantragen. Für den Haushalt 2019 stellen wir unsere Bedenken im Hinblick auf die Erklärung der sozialpädagogischen Fachkraft der AWO zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Jugendzentrum und bei der Schulsozialarbeit ausnahmsweise zurück. Wir werden aber die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten. Es ist zu vermeiden, dass mit dieser Begründung eine politisch gezielte Kürzung der notwendigen Aufwendungen in Gang gesetzt wird, mit der die Existenz des Jugendzentrums gefährdet werden könnte.

Zuwachs an Plätzen für die Kinderbetreuung
Was sich jetzt und in den nächsten Jahren auf dem Bausektor abspielen und aufgrund steigenden Bedarfs zu zahlreichen Wohnungsneubauten führen wird, bedeutet langfristig auch eine erhebliche Steigerung der infrastrukturellen Kosten für die Gemeinde. Dies drückt sich aus in zusätzlichen Plätzen in den Kindertageseinrichtungen, steigenden Schülerzahlen mit Schulraummehrbedarf sowie beim Ausbau der technischen Infrastruktur (Wasserversorgung, Abwasser und Kläranlage). Bei einzelnen Kindergärten besteht leider schon heute wieder Sanierungsbedarf. Deshalb werden wir nicht umhinkommen, neue Kindertagesstätten zu schaffen.

Unterbringung für Asylsuchende und Flüchtlinge
Damit sind wir von Anfang an in Weingarten an sehr transparent umgegangen. Heute können wir mit Zufriedenheit auf das Erreichte zurückschauen. Unser besonderer Dank gehört hier dem Freundeskreis Asyl, der mit seinem ehrenamtlichen Einsatz wesentlich zu Integration der Flüchtlingsfamilien beigetragen hat und künftig beitragen wird.

Sozialer Wohnungsbau in Weingarten
Wir befürworten die Schaffung von **preiswertem Wohnraum** durch Zurverfügungstellung von gemeindeeigenem Gelände in der Waldbrücke für Zwecke des **sozialen Wohnungsbaus**. Hierbei ist seitens der Verwaltung. zu prüfen, inwieweit auch

- die örtliche Wohnungsbaugenossenschaft bei der Zurverfügungstellung preisgünstigen Wohnraums beteiligt werden sowie
- spezielle Bundes- oder Landesmittel abgerufen werden können.

Dieses Jahr sind in Baden-Württemberg neben den Europawahlen auch Kommunalwahlen. Hierüber hat der Souverän – also die wahlberechtigten Einwohner - am 26. Mai erst noch abzustimmen. Wir hoffen dabei als SPD, mit einem guten Ergebnis unsere bisherige ehrenamtliche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger Weingartens fortsetzen zu können. Wenn nicht jetzt, wann dann?
Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang noch an den von der SPD-Fraktion initiierten Lärmschutzwall an der BAB 5. Die Arbeiten kommen dort gut voran. Ich konnte mich davon überzeugen, dass die notwendige Lärmschutzwand an den besonders schützenswerten Waldbereichen seitens der beauftragten Firma zwischenzeitlich aufgestellt wurde.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, zum Schluss möchte ich nochmals auf die anfangs beschriebenen eingetrübten Konjunkturaussichten für 2019 zurückkommen. Zuviel Pessimismus sollte uns im neuen Jahr nicht leiten. Davor hat schon unser Alt-Bundespräsident Theodor Heuss gewarnt. Ihm wird das folgende Zitat zugeschrieben: ***„Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist".***
Die SPD-Fraktion stimmt sowohl dem **Gesamthaushalt als auch den Einzelhaushalten der Eigenbetriebe Bauhof, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung zu.**
Der Gemeindeverwaltung, unserem Bürgermeister sowie allen in den Eigenbetrieben und im Forstbereich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für ihre im Jahr 2018 geleistete Arbeit. Hervorheben möchte ich hier ausdrücklich das Engagement unserer Kämmerin, die uns im Gemeinderat mit ihren Darstellungen zur Haushaltsentwicklung eine wesentlich transparentere Sicht der Dinge und Notwendigkeiten ermöglicht hat.
Einen besonderen Dank möchten wir auch an alle Frauen und Männer richten, die durch ehrenamtliche Tätigkeiten einen wichtigen und wertvollen Beitrag für unser Zusammenleben geleistet haben.
Auf eine weitere konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit aller Beteiligten zum Wohle der gesamten Einwohnerschaft von Weingarten!

Haushaltsrede 2019 der Fraktion der Grünen Liste Weingarten

gehalten von Gemeinderätin Sonja Güntner

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, werte Mitbürgerinnen und Mitbürger, Vertreterin der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats.

Der Kernhaushalt der Gemeinde Weingarten wird sich im Vergleich zu 2018 erhöhen und 2019 41.500.000 € betragen. Hinzu kommen die Haushalte für Wasser- und Abwasser und des Bauhofs. Die Einnahmen durch Gewerbesteuer und Einkommenssteuer steigen. Erfreulicherweise sinkt die Kreisumlage. Soweit die Zahlen für 2018 vorliegen, konnten 2018 ca. 1.400,000 € Zuführungsrate realisiert werden, für 2019 ist eine Zuführungsrate von ca. 1.000.000 € vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt geplant.

Wie im Jahr 2018 müssen auch im Jahr 2019 für den Vermögenshaushalt keine weiteren Kredite aufgenommen werden. Dies ist positiv, doch bereits nächstes Jahr wird aufgrund der vielen nötigen Investitionen eine erneute Kreditaufnahme notwendig werden. Die Einnahmen steigen, doch im Gegenzug steigen auch die allgemeinen Kosten, und die Sanierung unserer in die Jahre gekommen Straßen, Brücken, Wasser- und Abwasserkanäle fordert kontinuierliche Ersatzinvestitionen. Es werden mehr Kindergartenplätze benötigt, und die Schule muss erweitert werden.

Bauliche Tätigkeiten

Die geplanten baulichen Tätigkeiten für das Jahr 2019 sind wieder umfangreich. Der Bauabschnitt 1 der Jöhlinger Straße wird fertig gestellt, ebenso wird in der Burgstraße der Bauabschnitt Paulusstraße bis B3 fertig. Wir hoffen, dass die für dieses Jahr ausstehenden Projekte, nämlich der Abschnitt 2 der Jöhlinger Straße sowie die Sanierung der Silcherstraße, wie geplant beginnen können. Diese großen Bauprojekte im Bestand sind komplex, besonders in der engen Jöhlinger Straße. Die Querelen rund um das Thema überörtliche Umleitungsstrecken, aber auch das rücksichtslose Verhalten mancher Auto- und LKW-Fahrer, die die Sperrung der Jöhlinger Straße nicht wahrhaben, nicht akzeptieren wollten, hat die Gemeindeverwaltung viel Zeit und Aufwand gekostet. Ohne Einschränkungen geht es leider nicht. Es gibt keinen Onlineshop für Straßensanierung mit Lieferung der sanierten Straße bis morgen 10 Uhr.

Sehr positiv war die intensive Zusammenarbeit von Bevölkerung, Gemeinderat und Verwaltung an der Konzeption der Jöhlinger Straße. So konnten gute Lösungen für dieses Bauprojekt gefunden werden.

Wir als Grüne Liste Weingarten stehen weiterhin zu Tempo 30 in der gesamten Jöhlinger Straße. Das ist übrigens eine alte Forderung und ein alter Antrag der Grünen Liste: Tempo 30 für das gesamte Dorf, also nicht nur für die Jöhlinger Straße und die B3, sondern auch zum Beispiel für die Ringstraße.

Neben den vielen weiteren Bauprojekten dürfen wir uns in diesem Jahr besonders auf den Abschluss eines sehr schönen Bauprojektes freuen: der Kirchplatz mit Bachbühne wird fertig. Damit steht Weingarten ein sehr attraktiver Platz für Begegnung und für Veranstaltungen zur Verfügung.

Mobilität

In den nächsten Jahren soll ein Mobiltätskonzept für Weingarten diskutiert werden. Mit erster Priorität sollen in diesem Jahr die Themen Fußgänger und Fahrradfahrer sowie Parken behandelt werden, später auch der PKW- und LKW-Verkehr. Insbesondere nach Fertigstellung der Burgstraße und der Jöhlinger Straße müssen wir die neue Verkehrssituation im Blick behalten und analysieren. Gegebenenfalls müssen wir lenkend eingreifen.

Wir können das Dorf und insbesondere den Dorfkern nicht größer machen. Es ist deshalb unabdingbar, mehr Weingartener zu motivieren, zu Fuß zu gehen oder Fahrrad zu fahren. Die geographischen Gegebenheiten sind im Ober- und Unterdorf perfekt. Für die meisten Weingartener beträgt die maximale Wegstrecke ins Dorf zur Tullabrücke nur einen Kilometer, und das auf ebener Strecke.

Die Gehsteige sind für die Fußgänger da. In nicht wenigen Straßen wird darauf keine Rücksicht genommen. Es dringend notwendig, alle Autofahrer daran zu erinnern, dass das Parken auf den Gehsteigen nicht erlaubt ist, es sei denn, es gibt eingezeichnete Parkflächen oder eine beschilderte Freigabe. Und wir müssen alle Autofahrer darin motivieren, eigene Stellplätze und Garagen wieder vermehrt zu nutzen.

Anstatt mehr teurer Parkplätze könnten wir im gesamten Dorf attraktive Fahrradstellplätze schaffen, die mit einfachen Bügeln ausgestattet sind, an denen man ein Fahrrad sicher anschließen und, falls es mit Einkäufen beladen ist, auch sicher anlehnen kann. Und

dies mit dem Geld für einen einzigen Tiefgaragenstellplatz. Die völlig unpraktikablen Spiralfahrradständer, an denen sich ein Fahrrad nicht mit einem sicheren Stahlbügelschloß anschließen lässt – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen –, gehören auf den Schrottplatz. Auch die eine oder andere optisch dezente und begrünte Überdachung von Fahrradstellplätzen wäre bezahlbar. Und für das Geld für einen Tiefgaragenstellplatz könnten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung mehr als ausreichend E-Dienstfahrräder zur Verfügung stellen. Eventuell ist es in den kommenden Jahren nötig, je nach Nachfrage noch weitere Fahrradboxen am Bahnhof zu installieren.

Nicht aus dem Auge verlieren dürfen wir den öffentlichen Nahverkehr. Spätestens mit der Fertigstellung der Jöhlinger Str. sollte ein Konzept und noch besser die Umsetzung für einen verbesserten Busverkehr in Weingarten stehen. Zum Beispiel würde eine zentrale West-Ost-Verbindung vom Bahnhof über die Bahnhofstraße, mit einem Halt an der Kanalstraße für die zukünftigen Bewohner von „Mitten drin leben", und weiter durch das Oberdorf nach Jöhlingen mit Anbindung an den dortigen Bahnhof, vielen Bevölkerungsgruppen, Kindern, Jugendlichen, berufstätigen Erwachsenen, aber auch unseren älteren Mitbürgern und Mitbürgern Wege ins Dorf und aus dem Dorf ermöglichen. Und – wiederum für das Geld eines Tiefgaragenstellplatzes – könnten wir über Jahre einen Zubringerbusverkehr bei Veranstaltungen vom Festplatz als Parkplatz in das Dorfzentrum finanzieren.

Kinderbetreuung und Schule

Weiterhin eine nicht unerhebliche Belastung für unseren Haushalt stellen die Kosten für die Kinderbetreuung mit über 4.000.000 € dar. Solange Bund und Land den Gemeinden hierfür keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen, müssen auch weiterhin die Eltern ihren Beitrag leisten, der hier in Weingarten einer Beteiligung an den Kosten in Höhe von ca. 20 % entspricht. Für Mehrkindfamilien konnte mit dem neuen Berechnungsmodell für Kindergartengebühren eine Entlastung erreicht werden. In Abstimmung mit den Elternbeiräten wurde ein tragfähiges und für die Eltern akzeptables Konzept entwickelt. Insgesamt gibt es eine sehr hohe Zufriedenheit der Eltern mit dem sehr umfangreichen Angebot an Betreuungsmöglichkeiten und der sehr hohen Qualität der Betreuung der Kinder.
Hierfür ein herzliches Dankeschön an die Erzieherinnen und Erzieher und alle weiteren Beteiligten. An dieser Stelle ist auch positiv zu erwähnen, dass sich ein ehrenamtlicher Gesamtelternbeirat aller Kindergärten gebildet hat. Vielen herzlich Dank auch für dieses Engagement.

Weitere hohe Ausgaben stehen in den nächsten Jahren für die Erweiterung und Renovierung unserer Kindergärten sowie für den Schulhausausbau an.

Im Bereich Schule und Schulentwicklung geht es in erster Linie um die Ausrichtung der Schule auf zukünftige Aufgaben. Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen stehen hier Umbau- und Neubaumaßnahmen an. Dass die Schule aus allen Nähten platzt, ist für jeden an den Schulcontainern im Schulhof sichtbar.

Die Turmbergschule liegt in der Mitte des Ortes. Eine bessere Konstellation ist kaum vorstellbar.
Die zentrale Lage ermöglicht sehr vielen Schülern einen bequemen und sicheren Weg zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule. Kurze Wege zur Kirche, zur Gemeindebibliothek, zum Rathaus und anderen Örtlichkeiten sind wichtige Voraussetzung für die gute Integration der Schule ins örtliche Geschehen. Wir erteilen allen Gedankenspielen zur Verlagerung der Schule auf den Festplatz eine klare Absage. Der jetzige Standort ist ideal.

Bei den Umbau- und Neubaumaßnahmen ist neben der pädagogischen Gestaltung eine sinnvolle räumliche Planung gefordert, die den vielfältigen Anforderungen gerecht wird. Die Baumaßnahmen müssen den veränderten schulischen Bedingungen Rechnung tragen. Für die Mensa und den Ganztagsbetrieb müssen Räumlichkeiten entstehen. Ebenso muss die Raumgestaltung die pädagogische Ausrichtung unterstützen. Die Turmbergschule – seit Jahren Gemeinschaftsschule – fördert und fordert individuelles und kooperatives Lernen. Im Mittelpunkt stehen nicht die Fächer, sondern das lernende Kind. Dies muss auch durch eine entsprechende Unterrichtsraumkonzeption unterstützt werden.

Auch wenn wir heute nur über den Haushalt für 2019 bestimmen, steht bereits fest, dass in den Jahren ab 2020 erhebliche Mittel für Kindergärten und Schule bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich hier aber um Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, die auch bei einer angespannten Haushaltslage unserer Meinung nach hohe Priorität genießen. Investitionen in Menschen dürfen nicht verschoben werden, Investitionen in Menschen kann man nicht nachholen.

Personalausgaben

Ein erheblicher Anteil der Ausgaben im Verwaltungshaushalt fließt in das Personal unserer Gemeindeverwaltung, in das Personal für unseren Bauhof, in das Personal für unsere Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die Ausgaben für Personal im Kernhaushalt, also ohne Wasser, Abwasser und Bauhof steigen im Jahr 2019 auf 4.521.100 €. Hinter der Steigerung um 540.300 € zum Vorjahr stehen zum Beispiel Lohnkostensteigerungen durch die allgemeine Tarifsteigerung, aber auch Stellenaufstockungen im Bereich Reinigungskräfte – im Gegenzug entfallen Ausgaben für Fremdfirmen –, des weiteren Stellenaufstockungen im Bereich Hausmeisterdienste, aber auch Stellenaufstockungen im Bereich der Verwaltung. Hier sind zu nennen: eine Stelle für die Bearbeitung der Bebauungspläne, sowie Assistenzkräfte zur Entlastung von Hauptamtsleiter und Bauamtsleiter. Zwei bereits 2018 genehmigte Stellen für den Finanzbereich sind noch nicht besetzt.

Oft wird die Digitalisierung als Lösung vorgeschlagen, um Arbeit zu vereinfachen. Die Digitalisierung ermöglicht

es zwar, manche Arbeitsabläufe im Bereich der Verwaltung effizienter zu gestalten, aber für viele Tätigkeiten wird weiterhin der analoge Mensch benötigt. Und manche Fragen, Anregungen und Probleme lassen sich in einem analogen Gespräch zwischen analogem Mitarbeiter und analogem Bürger erheblich schneller und umfassender beantworten und klären..

Die Aufgaben in einer Gemeindeverwaltung sind sehr vielseitig, verglichen mit einem Unternehmen in der Wirtschaft extrem vielfältig. Und zu allem Überfluss werden die Aufgaben eher mehr als weniger. Und im Gegensatz zu einem Unternehmen in der Wirtschaft, das sich von einem unrentablen, ungeliebten Betriebszweig trennen kann, muss eine Gemeindeverwaltung viele Pflichtaufgaben erledigen. Dies geht nur mit ausreichendem und motiviertem und vor allem nicht dauerüberlastetem Personal.

Sehr kritisch zu bewerten ist die Dauerbelastung insbesondere der Führungskräfte in der Verwaltung. Durch die Assistenzstellen muss eine Entlastung im Tagesgeschäft erreicht werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn die Assistenzkräfte selbstständig Aufgaben bearbeiten dürfen. Dies geht nur mit einer klaren Definition von Zuständigkeiten. Kritisch zu bewerten ist auch die Dauerbelastung vieler Mitarbeiter. Diese Belastung lässt sich nicht alleine mit mehr Personal verringern. Es müssen von Seiten der Führungskräfte Prioritäten gesetzt werden, welche Aufgaben und Projekte wirklich bearbeitet werden müssen und sollen. Tatsächlich sind in Weingarten zu viele Projekte in Bearbeitung, hinzu kommt Unvorhergesehenes wie zum Beispiel der Wasserschaden im Kindergarten „Alter Friedhof“ oder der Wasserschaden im Erdgeschoß des Rathauses. Es werden Zeitreserven benötigt, um auf Notfälle reagieren zu können, und es werden Zeitreserven benötigt, die bereits angefallenen Überstunden abzubauen. Und es muss unserer Meinung nach von Seiten der Gemeindeverwaltung auch mal nein gesagt werden dürfen.

Ein Teil der Belastung ist auch dem Umstand geschuldet, dass es eine hohe Fluktuation gibt und Stellen nur schwer oder gar nicht mit qualifizierten Mitarbeitern besetzt werden können. Um so wichtiger ist es, das bestehende Personal zu halten, um so wichtiger ist eine wertschätzende Personalführung und Kommunikation. Wir müssen in Menschen investieren. Dies bedeutet mehr Personal, wenn wichtige Aufgaben sonst nicht bewältigt werden können, aber vor allem auch Investitionen in das Arbeitsumfeld und die Zufriedenheit des einzelnen Mitarbeiters. Beide Aspekte sind für uns gleichermassen wichtig.

Bürgerbeteiligung

Anfang 2018 hatten wir hier im Gemeinderat zwei Experten für den Katastrophenschutz zu Besuch. Dabei ist mir eine Aussage besonders im Kopf hängen geblieben: im Katastrophenfall wird es entscheidend sein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Weingarten gegenseitig unterstützen und helfen. Für Weingarten bin ich mir sicher, dass dies so sein wird. Wir haben hier im Dorf eine sehr hohe Bürgerbeteiligung: bei politischen Entscheidungen, in der Feuerwehr, dem Deutschen Rotes Kreuz oder der DLRG, in den vielen Vereinen, in den kirchlichen Einrichtungen, in der Bürgergenossenschaft, im Freundeskreis Asyl oder in privaten Initiativen. Und diese Liste ließe sich weiter fortsetzen. Dieses hohe Bürgerengagement gilt es weiter aktiv durch die Gemeinde zu unterstützen und weiter zu fördern. Geld, das wir weiter hier investieren, ist sehr gut investiertes Geld. Die hohe Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher Grund dafür, dass es sich in Weingarten so gut leben lässt und es so ein gutes Miteinander gibt.

Wir danken allen ehrenamtlichen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sehr herzlich für das vielfältige Engagement.
Wir danken Ihnen, Herr Bürgermeister, und allen für unser Weingarten tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für den im letzten Jahr wiederum gezeigten sehr hohen Einsatz.
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wir bedanken uns für die immer offene und faire Zusammenarbeit, die über Fraktionsgrenzen hinweg zu guten Lösungen für Weingarten geführt hat.

Dem vorliegenden Haushalt sowie den Wirtschaftsplänen stimmen wir zu.

Haushaltsrede 2019 der FDP-Fraktion

gehalten von Gemeinderätin Carolin Holzmüller

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum letzten Mal in dieser Amtsperiode darf ich für die Fraktion der Freien Demokraten die Haushaltsrede halten und beginne erst einmal mit einem Rückblick. Der große Aufreger in den vergangenen Monaten war sicherlich die mit der Sanierung der Jöhlinger Straße einhergehende Sperrung für den überörtlichen Verkehr. Obwohl schon Monate, ja schon Jahre vor dem Beginn der Bauarbeiten auch in der Presse über die bevorstehenden dringenden Bauarbeiten berichtet wurde, kam dann die Sperrung für viele Pendler, die die Jöhlinger Straße als Ost-West-Verbindung nutzen, so überraschend wie Weihnachten. Ich möchte deutlich machen, dass nicht nur einfach eine neue Fahrbahndecke aufgebracht wird, sondern es erfolgt auch endlich die längst überfällige Erneuerung der maroden Hauptwasserleitung, an der die gesamte Weingartner Wasserversorgung hängt. Zusätzlich werden die Anschlüsse der Häuser für Wasser und Glasfaser neu verlegt. Diese Maßnahme ist somit aufwändig, aber auch notwendig um unsere Infrastruktur zukunftsfähig zu halten. Dass im ganze Straßenraum noch Gas-, Strom- und andere Leitungen verlegt sind, macht die Bauarbeiten in der engen Jöhlinger Straße auch nicht einfacher. Nach den Erfahrungen in der Kirchstraße können wir uns glücklich schätzen, dass sich bei der aktuellen Auftragslage noch Firmen finden, die so eine Herausforderung annehmen.

Wir alle haben die öffentliche Diskussion von mehr oder minder selbsternannten Verkehrsexperten, die sich unter anderem in verschiedenen Leserbriefen äußerten, verfolgt. Ohne Kenntnis über die rechtlichen Vorschriften und örtlichen Gegebenheiten wurde vorgeschlagen, dass die Gemeinde eine Umleitungsstrecke über die Feldwege über das Mauertal freigeben soll. Das ging dann sogar soweit, dass sich der Landrat genötigt sah zwei Runde Tische einzuberufen. Ein Treffen der Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen aus Weingarten und Walzbachtal hat in vielen Punkten für Aufklärung und Verständnis für die derzeitige Situation gesorgt. Eine Umleitungsstrecke durch das Mauertal kommt für unsere Fraktion unter anderem aus naturschutzrechtlicher und auch aus finanzieller Sicht nicht in Frage. Nach Berechnung der Kollegen aus Walzbachtal hätte dies jede der beiden Gemeinden mehrere Hundertausend Euro gekostet. Das können und wollen wir uns nicht leisten zumal nicht die Gemeinde Weingarten sondern das Regierungspräsidium der Straßenbaulastträger ist.

Aber bei dem Thema wird nun hoffentlich vielen Entscheidungsträgern in den umliegenden Gemeinden aber auch in den zuständigen Verkehrsbehörden endlich klar, dass in den vergangenen Jahren, ja sogar schon Jahrzehnten die Schaffung von leistungsfähigen Ost-West-Verbindungen absolut vernachlässigt wurde. Schon jetzt ist bei näherer Betrachtung abzusehen, dass die Gemeinde Weingarten nach Abschluss der Bauarbeiten an der Jöhlinger Straße im Jahre 2021 ca. 100.000 Euro investieren muss, um die durch die Umfahrung stark belasteten Feldwege wieder instandzusetzen.

Nach der Fertigstellung der Baumaßnahme Jöhlinger Straße dürfen unserer Meinung nach keine oder allenfalls nur wenige Fahrzeuge auf der Jöhlinger Straße geparkt werden. Durch das neue Verkehrskonzept mit einer geplanten Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und die Schaffung von Anwohnerstellplätzen auf dem Areal an der Jöhlinger Straße 46 wird den Anwohnern die Möglichkeit geboten dort ihre Fahrzeuge abzustellen oder dafür zu sorgen, dass wieder eigene Stellplätze im Hof genutzt werden.

Der Ruhende Verkehr ist mittlerweile in fast allen Bereichen Weingartens zum Problem geworden. So nehmen immer mehr und immer größere Fahrzeuge Gehwege und Straßen in Beschlag. In vielen Straßen ist dadurch kein Begegnungsverkehr mehr möglich, lediglich die eventuell frei gehaltenen Grundstückszufahrten bieten die Möglichkeit, dass Fahrzeuge aneinander vorbeikommen. Auch für die Feuerwehr und den Rettungsdienst ist ein Durchkommen oft schwierig, manchmal sogar unmöglich. Die hohe Anzahl der auf den Gehwegen geparkten Fahrzeuge beeinträchtigen die Mobilität der Fußgänger, sodass manche Strecken mit Kinderwagen oder Rollator unpassierbar sind. Aus demselben Grund hat, wie kürzlich in den BNN zu lesen war, die Stadt Karlsruhe den Gehwegparkern den Kampf angesagt. Wenn der Gemeinderat also endlich das Thema Parken im öffentlichen Raum angeht, werden wir auf Dauer um eine Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze nicht herumkommen. Bei Betrachtung der Kosten zur Erstellung eines öffentlichen Stellplatzes ist die kostenlose Dauernutzung weder gegenüber der Allgemeinheit noch gegenüber denjenigen gerecht, die auf eigene Kosten Stellplätze und Garagen errichtet haben und diese tatsächlich nutzen. Wir werden das Thema kritisch begleiten und sind gespannt, ob irgendwann tatsächlich mal ein Falschparker abgeschleppt wird.

Weingarten ist ein attraktiver Wohnort. Damit das so bleibt, muss unter der Zielvorgabe den Flächenverbrauch zu minimieren und mehr Wohnfläche zu realisieren Wohnungsbau neu gedacht werden. Bei der Überarbeitung der Bebauungspläne auf unserer Prioritätenliste sollte auch außerhalb der aktuellen Situation gedacht werden, zum Beispiel „Wo passen höhere Gebäude in unser Ortsbild?“ oder „Wo können nur durch die Erhöhung des Kniestocks im Dachge-

schoß weitere Wohneinheiten geschaffen werden?". Hierzu empfehle ich einen Sparziergang entlang der Bahnhofstraße, wo das Baujahr der Häuser an der Höhe abschätzbar ist.
Lassen Sie mich noch einen Satz zum Parkproblem sagen. In dem neuen Baugebiet auf dem ehemaligen TSV Gelände, das aufgrund der großen Nachfrage nach Wohnraum in unserer Prioritätenliste der Bebauungspläne eine höhere Stufe bekommen soll, fordern wir, dass die Stellplatzzahl auf mindestens 2 oder 2,5 je Wohneinheit festgesetzt wird. Das entspricht dann nämlich einigermaßen der Realität.
Das geplante Gewerbegebiet Sandfeld ist seit Jahren ein Dauerthema, aber außer dass gefühlt einmal im Jahr ein Ingenieurbüro einen Vortrag über die schwierige Entwässerung des Gebietes für das prognostizierte Jahrtausendhochwasser hält, tut sich nichts. Ob sich der Aufwand mit der komplizierten Entwässerung und die enormen Kosten für die Anbindung mit einem Kreisel an der Höfenbrücke zur L3539 nach Staffort und der Querung des Radweges überhaupt noch lohnt, stellen wir in Frage.
Wenig Verständnis haben wir für die Geschehnisse im vergangenen Jahr zum Thema Gewerbeflächen. Ein Gewerbetrieb hatte ein Grundstück erworben und die Baugenehmigung erhalten um seinen Betrieb dorthin zu verlagern. Wegen eventueller Bedenken der umliegenden Betriebe und Einrichtungen wollten viele Gemeinderäte den Betrieb an anderer Stelle ansiedeln. Dass sich dieses vielleicht sogar gut gemeinte Vorhaben nicht in einem für den Betrieb akzeptablen Zeitraum umsetzen lässt, davor haben wir mehrfach gewarnt. Und was ist nun passiert? Wie von uns vorhergesagt, ist der Betrieb mittlerweile abgewandert. Nicht nur dass dadurch für die Gemeinde mit Sicherheit enorme Kosten entstanden sind, nein wir wundern uns auch nicht mehr, dass unsere Verwaltung mit solchen vermeidbaren Aktionen dann auch personell überlastet ist. Zu diesem Vorgehen fordern wir weiterhin eine Aufstellung der entstandenen Kosten.
Wundern Sie sich nicht, dass ich der Tradition der liberalen Fraktion im Weingartner Gemeinderat folge und auch heute wieder das Thema großes Freibadbecken anspreche. Dieses Jahr aber unter einem anderen Gesichtspunkt als die ausbleibende Realisierung des für 2010 geplanten zweiten Bauabschnitts, nämlich Gebühren und Nutzungsentgelte. Während die Ausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind, blieben die Gebühren und Nutzungsentgelte gleich. Wenn die höheren Ausgaben beispielsweise bei Gebäude- und Grundstücksunterhaltung nicht ausgeglichen werden können, rutschen Projekte wie das Freibadbecken aufgrund der Haushaltslage in der Prioritätenliste immer weiter nach hinten. Das ist nicht nur aus liberaler Tradition, sondern für die Gemeinde Weingarten traurig. Denn Bäder sind Freizeit-, Begegnungs- und Sportstätte in einem und Grundlage dafür der steigenden Schwimmunfähigkeit der Bevölkerung entgegenzuwirken.
Jeder Mensch muss immer wieder entscheiden, ob der Nutzen dem finanziellen Aufwand entspricht. Das muss auch die Gemeinde bzw. der Gemeinderat bei kommunalen Ausgaben tun. Wir wollen im Zusammenhang mit den kommunalen Gebühren und Nutzungsentgelten offen die Frage diskutieren, wie viel sind kommunale Einrichtungen und Dienstleistungen der Gemeinde, dem Gemeinderat und den Bürgerinnen und Bürgern wert. Beispielsweise ist es mir persönlich eigentlich mehr als 12,-€ im Jahr wert, dass ich eine Gemeindebibliothek inklusive freiem WLAN und Onlineangebot mit über 18.000 Medien habe. Gerade im Vergleich zu Streamingdiensten, für die viele bereit sind einen solchen Betrag monatlich zu zahlen. Die Gemeinde ist nicht nur Verwaltung, sondern auch Dienstleister mit einem vielfältigen Angebot. Das reicht von nutzerfreundlichen Öffnungszeiten des Bürgerbüros von 7.30 bis 18.00 Uhr über Veranstaltungsräume mit Bestuhlungsservice bis zu Verfügungsstellung von Bauhofpersonal für Veranstaltungen. Wir fordern den Gemeinderat auf das kommunale Angebot aus dieser Sicht zu betrachten und zu überdenken. Denn die Folgen dieses breitgefächerten Angebots und der „Wir erledigen das schon"-Haltung bekommen wir immer mehr zu spüren. Die Verwaltung ist überlastet und im aktuellen Haushalt sind zusätzliche Stellen geplant, deren Besetzung noch ungewiss ist. Vielleicht schaffen wir es auch die Bürgerinnen und Bürger dafür zu sensibilisieren, die Angebote und Leistungen der Gemeinde und ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mehr wertzuschätzen.
Das bringt mich zu einem für Gemeinderäte eher unbequemen Thema: Kinderbetreuungsbeiträge. Auch wenn die Landes-SPD letztens wieder die Forderung nach gebührenfreier Kinderbetreuung geäußert hat, ist doch eines sicher, jemand muss es am Ende bezahlen. Das wird dann irgendwo anders gekürzt oder durch Beiträge an anderer Stelle kompensiert. Dies ist auch im Sinne der Generationengerechtigkeit, denn unsere Kinder können auf Schuldenbergen nicht spielen. Statt einer Umverteilung wollen wir, dass weiterhin die Nutzer des Angebots dieses auch bezahlen. Durch den Grundsatz, dass die Kosten zu 20 % von den Eltern und zu 80 % von der Gemeinde übernommen werden, sichern wir auch eine Qualität in unseren Einrichtungen, von der man mancherorts nur zu träumen wagt. Hier möchte ich auch nochmal explizit darauf hinweisen, dass die Steigerungen der Beiträge nicht in die Taschen der Verwaltung, sondern häufig und für mich wünschenswert in die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher fließen. Diese Menschen betreuen die kleinsten Bürgerinnen und Bürger unseres Ortes und sollten daher auch eine Wertschätzung erfahren. Auch sie haben Anspruch auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies sollten wir bei der Diskussion über die Kinderbetreuungseinrichtungen in Weingarten nicht vergessen.
Neben den schon fast zur Routine gewordenen großen Straßenbaumaßnahmen in der Jöhlinger, der Burg- und der Silcherstraße steht dieses Jahr die Entscheidung über ein großes Hochbauprojekt an: die Turmbergschule. Auch hier wünschen wir uns eine offene Debatte aller Möglichkeiten. Nach etlichen Diskussionen über und um den E-Bau herum sollte nun eine nachhaltige und langfristige Lösung angestrebt werden, auch wenn dies vielleicht die Verlagerung der Schule insgesamt bedeutet. Wenn der Privatmensch aus finanziellen Gesichtspunkten schon Abriss und Neubau der Sanierung eines Bestandsgebäudes vorzieht, sollte das auch bei der Gemeinde kein Tabu sein. Denn Bildung ist ein hohes Gut und kann im entsprechenden Umfeld am besten Wirken. Wir danken den Schülerinnen und Schülern sowie dem Kollegium der Turmbergschule weiterhin für die entgegengebrachte Flexibilität und Geduld.
Bei diesem Thema ist auch entscheidend wie die Gespräche mit den beiden Kir-

chengemeinden verlaufen und ob dann eine Einbeziehung des Grundstücks des evangelischen Gemeindezentrums möglich ist. Wenn es zu einer Einigung der evangelischen, katholischen und politischen Gemeinde kommt, könnte ein Veranstaltungsraum in der Ortsmitte erhalten bzw. neu geschaffen werden. Dies möchten wir zum Anstoß nehmen den Raumbedarf der verschiedenen gemeinnützigen Organisationen und Vereine zu evaluieren. Dies könnte zu Synergieeffekten und Kosteneinsparungen für alle Beteiligten führen. Basis hierbei ist aber die Kompromissbereitschaft seitens aller Mitwirkenden.

Wann genau dann alles fertig sein wird, das warten wir ja ab. Das ist vielleicht auch eine Frage des Blickwinkels. So erfolgt die Inbetriebnahme des Rathausfahrstuhls wohl eher 2019 als 2016. Je nach Blickwinkel ist 9 und 6 ja auch fast dasselbe. Wenn die Eröffnungsfeier dann noch mit der für den neuen Bauhof zusammengefasst werden kann, kann man das ja auch positiv sehen. Wir wünschen den Verantwortlichen auf jeden Fall viel Erfolg bei den anstehenden Projekten und allen Beteiligten einen kühlen Kopf und Gelassenheit.

Zum Abschluss bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Weingarten, die zur Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse beigetragen haben, aber auch denjenigen, die täglich bei ihrer Arbeit engagierten Einsatz für die Weingartner Bürgerinnen und Bürger zeigen. Ebenso bedanken wir uns bei allen ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich für das Gemeinwohl in unserer Gemeinde einbringen. Bei unseren Gemeinderatskolleginnen und -kollegen sowie Bürgermeister Bänziger bedanken wir uns für die bisherige und zukünftige gute Zusammenarbeit. Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2019 der Gemeinde Weingarten sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Bauhof, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.